

Name:	ZS Nr.	Bd	Vermerk:
LUTZ, Dr. Walter. Öffentl. Kläger SpruKammer Ludwigsbg.	ZS 3067	I	gö

katalogisiert Seite: 1-78

Sachkatalog:

Kommunen V - Stuttgart
Bes. Zonen D III-Besatzungstruppen
" B III- "
Entnazifizierung I
" III-1
Wirtschaft III-Schwarzer Markt

Personen:

Lutz, Dr. Walter
Willmann, Red. - 21 f.
Fahr, Dr. - 25 f.
Klingler, Erwin. Konsul. - 31 ff.
Schmidt, Rudolf. Fabrikant - 33
Christ, Dr. Ernst
Grammel, Dr. Prof.
Kohlschütter, Dr. - 45 ff.

katalogisiert Seite:

Sachkatalog:

Personen:

katalogisiert Seite:

Sachkatalog:

Personen:

katalogisiert Seite:

Sachkatalog:

Personen:

Angefordeter Bericht für den militärischen amerikanischen
Beobachter in dem vorübergehend französisch besetzten Gebiet von
Gross-Schlitzheim Frühsummer 1945.

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 5840/78	Best. 253067
Rep. ✓	Kat. 84

Stimmungsbericht aus Stuttgart.

Roh geschätzt waren etwa 20 % der Einwohnerschaft Stuttgarts erklärte Gegner des nat.-sozialistischen Regimes. Diese 20 % verteilten sich auf alle Schichten des Volkes, und dementsprechend mannigfaltig waren die Gründe, die den einzelnen zur Ablehnung von Hitlers Parteiherrschaft bestimmten. Eine kleine Untergruppe dieser 20 % gehörte der bürgerlichen Intelligenz an. Von ihren Hoffnungen, Sorgen und Enttäuschungen soll im Folgenden die Rede sein.

Ein Blick auf Charakter und Vorleben der neuen Männer um Hitler, sein versteckter Appell an niedere und brutale Instinkte der Massen, die Aufhebung der persönlichen Freiheit, die Beugung des Rechtes, die Zerstörung des deutschen Geisteslebens und die klare Erkenntnis, daß am Ende eine kriegerische Katastrophe stehen werde, brachte diese Minderheit vom ersten Tag an in Gegensatz zu den braunen Usurpatoren. Um die heutige Stimmung dieser Oppositionsgruppe richtig verstehen zu können, ist es notwendig, um einige Jahre zurückzugehen.

Nach dem Wort Schillers, daß Diktaturen nur durch einen verlorenen Krieg beseitigt werden, sah man der militärischen Niederlage Deutschlands gelassen entgegen. Man war seit 1942 beruhigt und nicht mehr im Zweifel, daß die Tage des Dritten Reiches gezählt seien. Der Verlust der nationalen Selbständigkeit als Folge der Niederlage wurde bedauert, erschien aber als das kleinere Übel verglichen mit einem Weiterleben unter dem Terror der Partei. Man war sich seit 1919 ohnehin darüber im klaren, daß die Deutschen so wenig wie die Polen oder Franzosen politisch reif genug sind, sich demokratisch selbst zu regieren, sondern vorläufig autoritär unter Kuratel gestellt werden müssen.

Über die Form dieser Vormundschaft machte man sich keine Gedanken; es lag auf der Hand, daß hier der Sieger zu bestimmen hatte, dessen Gerechtigkeit und staatsmännischer Klugheit man vollstes Vertrauen schenkte. Was durch neutrale Zeitungen und vor allem durch den Londoner Rundfunk, der als einziger Feindsender wirklich ernst genommen wurde, in den Jahren 1940-42 an britischen Reformplänen für die Nachkriegsgestaltung Europas hier einsickerte, war durchaus geeignet, dieses Vertrauen zu stärken, wenn es sich auch zunächst nur um unverbindliche Äußerungen mehr oder weniger maßgeblicher britischer Staatsmänner handelte. Gedanken wie die mögliche Rückkehr der Regierung Brüning, oder gar die Einverleibung Deutschlands in das britische Empire, die Erlaubnis für Nicht-Parteigenossen, sich im Empire anzusiedeln zu dürfen, die Abschaffung der Kleinstaaterie in Europa, die Aufhebung der Zoll- und Währungsgrenzen wurden in liberalen Kreisen der Wirtschaft und Intelligenz begeistert begrüßt. Daß solche Erwartungen noch 1942 und 43 ziemlich verbreitet gewesen sein mußten, geht auch aus den Beobachtungen eines Rechtsanwaltes hervor, der als Soldat damals einen kurzen Heimaturlaub in Stuttgart verbrachte und dem es auffiel, wie Wirtschaft und Intelligenz allenthalben mit dem Gedanken liebäugelten, sich unter den Schutz der liberalistischen Westmächte zu stellen, wenn dies nur möglich wäre. Diese Stimmung hielt indessen nicht an. Es blieb nicht verborgen, daß in dem Maße, wie in der zweiten Hälfte des Krieges das politische Übergewicht der USA über England immer deutlicher bemerkbar wurde und der Krieg sich in die Länge zog, sich langsam auch der Ton der Feindpresse und des Londoner Senders änderte. Immer häufiger hörte man Drohungen gegen das deutsche Volk in seiner Gesamtheit. Fast unterschiedslose Bestrafung des ganzen Volkes wurde gefordert, wenn es sich nicht bald gegen

confidential

seine Regierung erhebe. In den Kreisen der Parteigegner war man peinlich betroffen. Sollte man in Amerika denn nicht wissen, was für eine furchtbare Macht die Gestapo ist, und daß die geringste Auflehnung glatten Selbstmord bedeutet? Sollte man tatsächlich nicht bemerkt haben, wie unpopulär die Revolte des 20. Juli 1944 in Deutschland war, daß 80 % des Volkes den Putsch eindeutig verurteilten, und daß auch ein neuer Aufbruch keine Resonanz in den breiten Massen finden würde? Hatten wir dafür 11 Jahre lang Drangsal und Entbehrungen durch passiven Widerstand gegen die Partei auf uns genommen, um am Ende mit den 80 % des übrigen Volkes, dessen Schicksal man nicht zu dem seinigen machen wollte, in einem Verfahren abgeurteilt zu werden? Der Gedanke schien unerträglich, und doch war es offenbar so gemeint, wie die Nat.-Sozialisten uns immer sagten. Denn auch die britisch-amerikanischen Luftangriffe auf die deutschen Städte schienen die Parteibehauptung zu stützen, daß die unterschiedslose Vernichtung des ganzen Volkes geplant sei. Richteten sich diese Angriffe doch fast ausschließlich gegen die Zivilbevölkerung, unter der es Gerechte und Ungerechte gab, während die Rüstungsindustrie auffallend geschont wurde oder längst verlagert war, der militärische Wert der Angriffe im Hinblick auf eine möglichst rasche Beendigung des Krieges also gering war. So kam es, daß auch in den oppositionellen Kreisen der bürgerlichen Intelligenz die Stimmung gegen Ende des Krieges zunehmend skeptischer und unsicherer wurde. Dazu mag in erheblichem Maße auch die Tatsache beigetragen haben, daß etwa seit 1943, also seit dem politischen Übergewicht Amerikas über Großbritannien, tatsächlich vielleicht aber aus Erwägungen in bezug auf Rußland, der Londoner Sender keine Andeutungen über die künftige Staatsform Deutschlands mehr brachte. Eine solche Erklärung wurde aufs schmerzlichste vermisst. Es kann kein Zweifel darüber

confidential

sein, daß das Fehlen eines klaren und vertrauenswürdigen konstruktiven Planes zur Neuordnung Deutschlands in der anglo-amerikanischen Propaganda einer der Gründe war, die weiten Kreisen des Volkes es rätlicher erscheinen ließen, bis 5 Minuten nach 12 weiterzukämpfen als die Waffen niederzulegen. Auch in der parteifeindlichen bürgerlichen Intelligenz waren deshalb die Erwartungen sehr zurückgeschraubt. Immerhin ließen die Erklärung Churchills, was bedingungslose Kapitulation nicht bedeutet, sowie verschiedene Proklamationen Eisenhowers an das deutsche Volk noch Raum für begründete Hoffnungen. Die siegreichen alliierten Armeen hatten ja nicht deutschen Boden betreten, um das deutsche Volk zu unterdrücken, sondern um Militarismus und Nationalsozialismus endgültig zu vernichten, Recht und Gesetz wiederherzustellen und die Schuldigen zu bestrafen. Diese Worte des obersten Befehlshabers der alliierten Streitkräfte im Westen und seine andere Erklärung „das Eigentum ist gewährleistet“ schienen all denen, die 12 Jahre lang tapfer gegen die Partei ausgehalten und ihre Ideale nicht um Geld verkauft hatten, die keinen Krieg gegen die Alliierten führten, sondern in ihnen ihre Befreier erblickten, eine gewisse Sicherheit dafür zu bieten, daß sie einst nicht als Feinde der Alliierten behandelt, sondern als die bewährt zuverlässigen Elemente betrachtet werden, die als Mitarbeiter der Alliierten für einen Neuaufbau Deutschlands einzig und allein in Frage kommen. So war die geistige Situation, als am 21. April 1945 französische Streitkräfte Stuttgart besetzten.

Man hat oft und mit Recht darauf hingewiesen, daß Poincaré's Nachkriegspolitik gegen Deutschland am meisten geeignet war, der Sache Hitlers Vorschub zu leisten und ihm die Massen des deutschen Mittelstandes zuzuführen. Auch heute hat es den Anschein, daß es wieder eine französische Besatzungsarmee ist, die alles Erdenkliche tut, um den

confidential

Gedanken des Nationalsozialismus am Leben zu halten und eine geistige Abrüstung Deutschlands zu verhindern. Es ist in der Tat eine besondere Tragik und muß schon ungewöhnliche Gründe haben, wenn heute, wenige Wochen nach der Kapitulation, selbst in antimilitaristischen und parteifeindlichen Kreisen da und dort gefährliche Rachegeanken keimen. Die äußeren Vorgänge, die es dahin kommen ließen, sind jedem Einwohner der Stadt bekannt: Raub, Diebstahl, Plünderungen durch die Truppen überall und ohne Ende. Dazu Einbrüche, Erpressungen mit vorgehaltener Pistole oder Hundepeitsche, sadistisch ausgeklügelte Schikanen aller Art, Menschenjagden in den Straßen und unmenschliche Behandlung der Gefangenen. Lebensmittelgeschäfte und Magazine werden nicht weniger ausgeräumt und geplündert als Krankenhäuser und wissenschaftliche Institute; kostbare Einrichtungen werden sinnlos demoliert. Mädchen werden vergewaltigt, anständige Frauen aus fadenscheinigen Gründen für Wochen ins Gefängnis geworfen, um sie einem „Kommandanten“ gefügig zu machen. Verlagertes Privatgepäck und anderes Gut in der Umgebung der Stadt muß abgeliefert werden und wird von Großsachsenheim mit Flugzeugen nach Paris gesandt d.h. geraubt. Die wenigen Lebensmittel, die für die Zivilbevölkerung zur Verfügung stehen, werden ebenfalls noch beschlagnahmt, so daß auf den Kopf der Stuttgarter Bevölkerung im Tag kaum mehr als 500 Kalorien kommen. Fahrgenehmigungen für Lastwagen, die der Versorgung der Bevölkerung dienen sollen, werden wochenlang nicht unterzeichnet. Andere von General Schwarz selbst gezeichnete Befehle werden von den unterstellten Truppenteilen nicht anerkannt oder jedenfalls nicht ausgeführt. Überall schwere Lausbubereien und Disziplinlosigkeiten herumlungender und unbeschäftigter Soldaten, oft Raubüberfälle ganzer Banden. Wenn ein Mutiger seinen Besitz verteidigt, kann es sein, daß plötzlich Waffen oder Munition bei ihm „gefunden“ werden und er verhaftet wird, damit sein Haus in aller Ruhe ausgeraubt werden kann.

Zur Ehre einiger französischer Offiziere sei aber gesagt, daß sich manche von ihnen Mühe geben, Ausschreitungen zu verhindern, daß sie im grossen ganzen aber gegen die Zuchtlosigkeit ihrer verwilderten Horden, die auf angeblich zugestandene Rechte pochen, machtlos sind. Die amerikanischen Truppen haben sich im allgemeinen wesentlich besser gehalten; aber auch bei ihnen sind Einbrüche, Plünderungen und sinnlose Zerstörungen vorgekommen. Wesentlich ist, daß alle diese Gewalttaten, Plünderungen und Schikanen sich unterschiedslos gegen alle Deutsche richten, mochten sie Parteigenossen gewesen sein oder nicht, und von einer Armee begangen werden, die letzten Endes General Eisenhower untersteht, also gekommen ist, nicht um das deutsche Volk zu unterdrücken, sondern um Recht und Gesetz in Deutschland wiederherzustellen, die Schuldigen zu bestrafen und das Eigentum zu gewährleisten. -

Und wie steht es mit der Ausrottung des Nationalsozialismus, die doch das Hauptkriegsziel der Alliierten war? - Jeder Gegner des Regimes hegte die berechtigte Erwartung, daß die Mitglieder der NSDAP und ebenso die aktiven Offiziere mindestens aus allen höheren und leitenden Stellen des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft schnellstens entfernt und im übrigen denselben Ausnahmegesetzen unterworfen werden, welche die Partei gegen die Juden in Anwendung brachte, nämlich Zwang zum sichtbaren Tragen eines Hakenkreuzes, Einziehung des Vermögens und schließlich Deportation zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden in den ehemals besetzten Gebieten. Ausgenommen sollten nur die wenigen Fälle sein, wo etwa ein Familienvater in Zeiten schwerer Arbeitslosigkeit unter Androhung der Entlassung gegen seinen Willen in die Partei gepreßt wurde. In Wirklichkeit sieht es heute in Stuttgart nach 2 Monaten Besatzung ganz anders aus. Gewiß, die 1. Garnitur der Nationalsozialisten ist aus Verwaltung, Justiz und Polizei entfernt

confidential

worden. Aber die 2. Garnitur der kleineren Parteileute, darunter Angehörige der SS, Gestapo und Parteifunktionäre, sitzt nach wie vor in ihren Ämtern und ist teilweise sogar neu darin bestätigt worden. Kaum dass der erste Schreck verflogen ist, sind sich die Parteileute ihrer Sache schon wieder so sicher, daß sie offene Drohungen im alten Stile gegen ihre politischen Widersacher auszustoßen wagen. Vielfach ist der Zustand der, daß man sich alter Parteigenossen bedienen muß, um im Verkehr mit den Besatzungsbehörden weiterzukommen. Es beweist zwar die Wendigkeit der Parteianhänger, daß sie es verstanden haben, sich auch bei der Militärregierung rasch unentbehrlich zu machen, es spricht aber nicht für die politische Klugheit der Franzosen, die ihr Kriegsziel neben Beutemachen, Festessen und Frauenzimmern vergessen zu haben scheinen, zwischen Parteigenossen und Nichtparteiigenossen keinen Unterschied machen und alle Deutschen über einen Leisten schlagen, was allerdings bequem ist und Arbeit spart. So ist es heute in Stuttgart dahin gekommen, daß standhafte Gegner Hitlers zum Triumph der Parteigenossen als Arbeitslose auf der Straße schippen müssen, weil die Arbeitsgelegenheiten im öffentlichen und privaten Dienst, die ihnen seit 12 Jahren unzugänglich waren, ihnen auch jetzt noch durch Nationalsozialisten versperrt sind. Ein sarkastisches Wort empfiehlt daher jedem Stuttgarter, noch heute Parteigenosse zu werden, wenn er es noch nicht sein sollte und Wert darauf legt, es zu etwas zu bringen.

Es braucht nicht betont zu werden, wie niederschmetternd das alles auf jene 20 % aufrechter Männer und Frauen gewirkt hat, wie enttäuscht sie sind, und wie betrogen und von allen Seiten verraten sie sich manchmal vorkommen. Die Dinge würden leichter zu ertragen sein, wenn wenigstens Anfänge eines Neuaufbaus in Gewerbe und Landwirtschaft sichtbar wären. Aber auch davon kann keine Rede sein. Es fehlt sogar nicht an Stimmen, die befürchten, daß die französische Militärregierung absichtlich Elendzustände und als Folge davon Hungerrevolten

0008

herbeiführen möchte, um einen billigen Vorwand zu strafexpeditionen und zur völligen Ausraubung des einst reichen Landes zu haben. Wie sollte auch eine Industrie wieder in Gang kommen, wenn „Kommissionen“ die Maschinen aus den Fabriksälen und Laboratorien waggonweise wegnehmen und nach Frankreich verbringen, wo sie verrostet werden, wenn die Rohstofflager immer wieder geplündert und die Lastwagen auf den Landstraßen beschlagnahmt und ihrer Ladungen beraubt werden ? - Wie kann eine Landwirtschaft, die nach dem wiederholten Appell Eisenhowers ihr Äußerstes tun muß, überhaupt etwas leisten, wenn sich die Besatzungssoldaten als Gemüse die frisch gepflanzten Setzlinge zu Zehntausenden holen, wenn viele Höfe ihres letzten Stücks Zugvieh beraubt werden, so daß kein Feld mehr bestellt werden kann, wenn in Hühnerfarmen belustigende Schießübungen abgehalten werden, wenn die Passierscheine für solche Großstädter, die um dem Hunger zu entgehen auf dem Lande arbeiten wollen, entgegen der klaren Anordnung Eisenhowers von der französischen Militärregierung verweigert werden, und wenn zuletzt der Ertrag/der Arbeit beim Transport auf der Straße von Besatzungsposten angehalten und gestohlen wird ? - Man fragt sich schließlich auch, ob es überhaupt möglich ist, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, solange eine Demarkationslinie mit allen damit verbundenen Erschwerungen des Verkehrs mitten durch Württemberg geht, das doch wirtschaftlich und verwaltungsmäßig eine organische Einheit bildet und nicht ohne weiteres in zwei Teile getrennt werden kann.

aller

Angesichts des rapiden Niedergangs ~~der~~ Dinge seit der Besetzung drängte sich den denkenden Gegnern des ehemaligen Regimes von selbst die Frage auf, warum eigentlich alles so ganz anders gekommen ist als man es sich in diesem Lager gedacht hatte, und welchen grundlegenden Fehler die früheren Überlegungen enthielten. Sollten die Proklamationen Eisenhowers tatsächlich nur ein plumper Schwindel gewesen sein, und

confidential

die Nationalsozialisten mit ihren Prophezeiungen Recht behalten haben ? Das war eine Möglichkeit, aber sie wurde verworfen: die verantwortliche Führer der Westmächte hießen nicht Hitler und Ribbentrop, sondern Churchill und Roosevelt. - Schließlich kristallisierten sich zwei Auffassungen im bürgerlichen Lager heraus, die anscheinend auch von Parteikreisen geteilt werden. Die Mehrzahl ist etwa der Meinung, daß die französische Besatzungsarmee nur operativ General Eisenhower untersteht, in der Verwaltung der von ihr besetzten Länder aber viel unabhängiger ist als man zunächst annahm. Dadurch hatte die französische Regierung die Möglichkeit ihre eigenen Kriegsziele zu verfolgen, die mit denen Roosevelts und Churchills fast keine Verbindung mehr haben und im wesentlichen in Rache und Ausplünderung bestehen. Rache für deutsche Kriegsverbrechen, die unterschiedslos an allem genommen wird, was deutsch ist, und Ausplünderung teils zur persönlichen Bereicherung, teils zur Ankurbelung der französischen Wirtschaft, die in dem Wahne zu leben scheint, sich mit Beutegut sanieren zu können. Man fragt sich deshalb immer wieder, ob Frankreich nicht klüger daran tun würde, seine neue württembergische Kolonie zur Blüte zu bringen und dann einen dauernden Nutzen aus dem reichen und fleißigen Lande zu ziehen als durch einen Raubzug, der das Land in eine Wüste verwandelt, sich einen einmaligen Vorteil zu verschaffen. Wenn Frankreich aber seine jeglicher Vernunft widersprechende Politik der Ausbeutung und Unterdrückung nicht aufgibt, und kein Anzeichen deutet bis jetzt darauf hin, so kann dies nur seinen Grund darin haben, daß es entweder zur baldigen Räumung des Landes gezwungen ist und daher bestrebt ist, in kurzer Zeit möglichst viel aus ihm herauszuziehen, oder daß es letztlich aus biologischen Gründen nicht mehr die volkswirtschaftliche Kraft aufbringt, anders als mit veralteten deutschen Maschinen und gestohlenem Rohmaterial seine Industrie für einige Tage in Gang zu setzen. Für die

zweite Annahme spricht die Tatsache, daß Frankreich nicht einmal die natürlichen Reichtümer seines eigenen Landes zu verwerten verstanden hat, es spricht dafür aber auch das Menschenmaterial der französischen Besatzungsarmee und ihr Auftreten unter dem Vorbehalt, daß diese Armee einen Querschnitt durch das ganze französische Volk darstellt und nicht nur ^{durch} eine aus Söldnern zusammengewürfelte negative Auslese aus diesem. Auf jeden Fall gibt es niemand in Stuttgart, der nicht durch die Besetzung das Gefühl turmhoher moralischer und leistungsmäßiger Überlegenheit über Frankreich bekommen und die Überzeugung gewonnen hätte, daß Deutschland und voran Württemberg, so sehr es auch heute am Boden liegt, bei dem Fleiß und dem Leistungswillen seiner Bevölkerung Frankreich an Wohlstand bald weit übertreffen würde, wenn man nur das württembergische Volk einigermaßen frei arbeiten ließe und seine Eigenarten achtete. Es soll deportierte französische Ingenieure geben, die ebenfalls der Auffassung sind, daß Frankreich keine wirtschaftliche Potenz mehr besitzt, und die sich deshalb bemühen, in Deutschland, wo sie eine Zukunft sehen, bleiben zu dürfen. So sind die Augen aller, wenn auch etwas ängstlich, auf die Vereinigten Staaten gerichtet, wo man sich Verständnis verspricht. Denn man kann sich nicht denken, daß die Amerikaner als matter of fact men diese Dinge nicht ebenfalls sehr klar erkennen und es nicht vorziehen, mit Deutschland Geschäfte zu machen, wo mehr denn je der Wille zu Arbeit und Aufbau besteht, ~~XXXXXXXXXXXX~~. Sollte also ganz Württemberg endgültig in die amerikanische Besatzungszone eingegliedert werden, so würde das ein Anfang und eine Hoffnung sein. Daß die Wägen so vieler Amerikaner gerade in Württemberg standen, läßt erwarten, daß die Zusammenarbeit und das gegenseitige Verständnis im Laufe der Zeit immer besser würden. Am guten Willen dazu fehlt es wenigstens in Württemberg nicht. Sollte aber

confidential

Stuttgart und die Hälfte des Landes französisch bleiben und als Ausbeutungskolonie in die sozialen Wirren und in den Absterbeprozess Frankreichs hineingezogen werden, so würde dies der endgültige Untergang auch für Württemberg sein. - So ungefähr denkt heute die Mehrheit, die aber vielleicht gewohnt ist, etwas an der Oberfläche der Dinge zu bleiben.

Eine Minderheit neigt einer zweiten, etwas anderen Auffassung zu und sieht die Dinge im höheren Zusammenhang mit aktuellen weltpolitischen Fragen. Auch sie glaubt, daß die französische Militärregierung weitgehend unabhängig von Eisenhower ist. Sie erblickt aber in der französischen Politik der Ausbeutung und Zerstörung nicht nur Bosheit und organisatorische Unfähigkeit, sondern einen Geheimbefehl Moskaus. Aus zahlreichen Gründen, die hier im einzelnen nicht aufgezählt werden können, ist man in diesem Kreis überzeugt, daß Roosevelt und Churchill spätestens auf der Konferenz von Jalta den Krieg gegen Stalin beschlossen haben. Man findet, daß vor allem die englisch-russischen Beziehungen seit Jalta eine auffallende Parallele in dem deutsch-russischen Verhältnis besitzen, wie es sich nach dem Besuch Molotows in Berlin im Frühjahr 1941 entwickelt hatte. Natürlich weiß Stalin, daß nach der Niederwerfung Japans die Reihe an ihn kommen wird und daß, vielleicht zusammen mit einer neu aufgestellten deutschen Armee, die anglo-amerikanischen Truppen Rußland zugleich vom Westen und fernen Osten her angreifen werden. Er sucht deshalb den Aufmarsch der englischen und amerikanischen Armeen in Deutschland und ihre rückwärtigen Verbindungen bis zu den Atlantikhäfen zu stören, indem er in Deutschland durch die gaullistische Besatzungsarmee und in Frankreich durch kommunistische Agenten bewußt chaotische Zustände herbeiführen läßt. Die Rachsucht und Beutegier Frankreichs erscheinen also in dieser Auffassung nicht als

confidential

letzte Ursache für die trostlosen Zustände im französischen Besatzungsgebiet, sondern als eine von Moskau politisch verwertete Stimmung. So betrachtet wird es verständlich, daß in Stuttgart die kommunistische Tätigkeit nur schlecht unterdrückt ist, daß sich die I. französische Armee mehr als der Bundesgenosse Rußlands wie Amerikas fühlt, und Unfreundlichkeiten französischer Soldaten gegen Amerikaner an der Tagesordnung sind. Angesichts des drohenden neuen Konfliktes, in dem Deutschland zur Etappe würde, sieht man vorläufig keine Möglichkeit für einen großzügigen Wiederaufbau der Heimat. Man macht sich keine Illusionen, auch wenn Stuttgart unter amerikanische Besatzung kommen sollte. Nur die Rüstungsindustrie, glaubt man, würde die Produktion wieder aufnehmen dürfen. Das ist der Punkt, an den sich die Hoffnungen vieler Nationalsozialisten knüpfen, die meinen, daß man sich am Vorabend des neuen Krieges doch scheuen würde, die unvermeidlichen Reibungen und Produktionsausfälle in Kauf zu nehmen, die mit einem Austausch der eingearbeiteten und überall leitenden Parteigenossen durch neue Männer wenigstens anfänglich verbunden sind. Im Vertrauen auf ihre Unentbehrlichkeit hoffen sie, zuletzt doch in ihren Ämtern zu bleiben und sich durch Verdienste im neuen Krieg allmählich völlig rehabilitieren zu können. Mögen solche Hoffnungen der Partei berechtigt sein oder nicht, es muß festgestellt werden, daß alle Angehörigen der besprochenen Minderheit, Parteigenossen und Gegner, in der kommenden letzten Runde dieses Krieges die Gelegenheit sieht, begangenes Unrecht gutzumachen und Deutschlands Namen wieder zu Ehren zu bringen.

Stuttgart, den 18. Juni 1945

Dr. W. Lutz

Stimmungsbericht aus Stuttgart

1. Fortsetzung

Die allgemeine Not und Verzweiflung, die als Folge der jüngsten Anordnungen der Stuttgarter Militärregierung über das Land gekommen ist, hat weite Kreise des Volkes dahin gebracht, seine Ansichten über die Pläne der Alliierten in Deutschland von Grund auf zu ändern und Urteile zu fällen, die auch vor Namen und Ehre alliierter Staatsmänner nicht haltmachen. Wie war es möglich, daß innerhalb weniger Tage eine solche Verschärfung der Stimmung hat eintreten können? -

Als nach dem Gelingen der Invasion die militärische Lage Deutschlands schlechter und schlechter wurde, war es vor allem ein Argument, mit dem die nationalsozialistische Propaganda den äußersten Widerstandswillen des Volkes zu mobilisieren versuchte: es war der angeblich feste Entschluß der alliierten Regierungen, die materiellen Lebensgrundlagen aller Deutschen unterschiedslos und ohne Ansehung der Person zu vernichten, die physischen Kräfte des Volkes durch Hunger zu zerstören und zuletzt die gleichmäßig verelendeten Massen an die Sowjetunion zur Deportation nach Sibirien zu übergeben. - In parteifeindlichen bürgerlichen Kreisen lechte man über dieses Schreckgespenst und glaubte es insgeheim besser zu wissen. Im Londoner Rundfunk hatte man immer wieder die Erklärungen Churchills gehört, daß bedingungslose Kapitulation nicht niedrige Rache am deutschen Volk in seiner Gesamtheit bedeute, sondern Großmut gegen die, die unbelastet und guten Willens sind, nicht wirtschaftliche Erdrückung, sondern Wiederaufbau, nicht unterschiedslose Versklavung aller, sondern Bestrafung der Schuldigen, Ausrottung des Militarismus und Vernichtung des Nationalsozialismus. Ähnliche lauteten die Proklamationen Eisenhowers an das

deutsche Volk. Er gab an, deutschen Boden betreten zu haben, um Recht und Gesetz wiederherzustellen, die Schuldigen zu treffen, Partei und Militär zu vernichten, aber das Eigentum zu gewährleisten. Mit solchen Erwartungen haben die inneren Feinde Hitlers, zumindest die aus dem Bürgertum, den Einmarsch der Alliierten in Stuttgart begrüßt.

Haben schon vor dem 18. Juni die fortgesetzten Plünderungen und Schikanen der französischen Besatzungsarmee, die sich unterschiedlos gegen alle Deutschen richteten und keineswegs nur gegen die Schuldigen, und die von der Militärregierung bewußt herbeigeführt, immer chaotischer werdenden Zustände Zweifel an der Ehrlichkeit der Erklärungen Churchills und Eisenhowers aufkommen lassen, so haben die Vorgänge seit dem 18. Juni weiten Kreisen des Volkes endgültig die Augen geöffnet. Es begann damit, daß Vertreter der französischen Militärregierung bei der Firma B o s c h in Stuttgart erschienen und sich die Bestände an Rohmaterial und Maschinen angeben ließen, um darnach die Höhe eines in Aussicht gestellten französischen Fabrikationsauftrages zu bemessen. An Stelle des erhofften Auftrages kam aber die Beschleagnahme der Vorräte und Maschinen. Gleichzeitig wurde mit dem Abtransport aller Werkzeuge, Maschinen, Lagerbestände und Büromöbel nach Straßburg begonnen. Eine Weiterführung des Betriebes war nicht mehr möglich, die Belegschaft ist arbeitslos geworden. Die folgenden Tage zeigten, daß es sich nicht um einen Einzelfall handelte, sondern daß eine von höchster Stelle befohlene, wohlorganisierte Plünderungsaktion größten Stiles im Gange war. Aus dem ganzen Lande trafen gleichlautende Nachrichten ein. Überall in allen Fabriken erschienen Offiziere der Militärregierung mit Befehlen in der Tasche, die sie ermächtigten, die Lagervorräte, Werkzeugmaschinen und was ihnen sonst beliebte nach Frankreich abzutransportieren. Endlos waren die Lastwagenkolonnen, die

confidential

in diesen Tagen voll beladen nach Westen fahren. Keine Firma im Lande blieb verschont. Alles, buchstäblich alles wurde ohne Entschädigung geraubt und mitgenommen, Edelmetalle, Baumaterial, Textilwaren, Papier, Kupfer, Zement, Bronze, Leder und Schreibmaschinen nicht weniger als große Werkzeugmaschinen. Dem Büropersonal wurden die Möbel und Stühle unter dem Leib weggezogen und aufgeladen. Die Stahlschränke wurden geöffnet und weggefahren, ihr Inhalt, gleich ob Zeichnungen oder Geschäftsbücher, in rohester Weise auf den Boden geschüttet und zertrampelt. War der offizielle Teil der Plünderung beendet, so setzte die noch tollere inoffizielle Plünderung ein. Unteroffiziere, Soldaten, Chauffeure und Feldwebel, die zu Hause in Frankreich eine Werkstatt hatten oder mit Beutegut Geschäfte machen wollten, montierten jetzt die noch stehengebliebenen weniger wertvollen Maschinen ab, stahlen die kleineren Motoren, die Schraubstöcke, Spiralbohrer, Werkzeuge und Geräte und füllten ihre Taschen und die Camions, bis nichts, rein nichts mehr vorhanden war. Es hat auch Offiziere gegeben, die sich die Gelegenheit zunutze machten und sich mit gestohlenem Gut bereicherten. Sie drangen sogar in Privatwohnungen ein und holten sich Möbel, Wäsche, Teppiche und was ihnen gefiel und ließen den Raub auf Lastwagen zu sich nach Frankreich zu sich nach Hause bringen. Als derartige Vorfälle hohen französischen Stellen gemeldet wurden, gebrauchte man dort das Wort „cochonnerie“ und versprach sofortige Abhilfe. Geschehen ist aber nichts; das Wort französischer Offiziere gilt offenbar wenig. Alles wurde von oben toleriert. Die farbigen französischen Soldaten, die auch sonst aus ihrer Abneigung gegen Frankreich der deutschen Bevölkerung gegenüber kein Hehl machen, empfanden die Würdelosigkeit der Vorgänge ganz richtig, als einer von ihnen bei der Ausräuberung eines Büros zum

confidential

deutschen Betriebsführer ging und das Benehmen seiner weißen Vorgesetzten „ekelhaft“ nannte.

Nicht nur die Maschinenindustrie wurde auf Befehl der Militärregierung geplündert, auch alle anderen Fabriken im Lande, gleich ob sie Textilwaren, Uhren, Leder, Papier oder sonst etwas herstellen, wurden ausgeradiert. Selbst Krankenhäuser, Bibliotheken und wissenschaftliche Institute wurden nicht verschont. Parallel mit diesen Aktionen ist auch der Groß- und Kleinhandel auf fast allen Gebieten vernichtet worden, indem sämtliche noch vorhandenen Lager vor allem von Textil-, Kurz- und Lederwaren geraubt und nach Frankreich befördert wurden. Kein Ladengeschäft kann deshalb geöffnet werden. Für die Zivilbevölkerung gibt es nicht das geringste mehr zu kaufen, und von dem wenigen, was jeder an Kleidungsstücken gerettet hat, werden auf Befehl der Militärregierung durch die bekannten Maueranschläge noch Abgaben an die Polizeireviere erzwungen.

Auch aus der Landwirtschaft laufen alarmierende Nachrichten ein. Den klaren Anweisungen Eisenhowers an die deutschen Landwirte zum Hohn hat die französische Militärregierung anscheinend auch die Ausplünderung der Bauernhöfe befohlen. Das Vieh wird weggeführt, die Geräte nach Frankreich gebracht und die Bauern verprügelt, wenn sie sich wehren. Die schon bestehende Hungersnot droht jetzt bedenklich zu werden. In Stuttgart erhielt im Juni jeder Erwachsene folgende Rationen im Tag: 7 g Fett, 214 g Brot, 5,7 g Käse, 9 g Quark, 14 g Fleisch, 4,5 g Nahrungsmittel, 360 g Kartoffeln, 1/8 Liter Magermilch und manchmal etwas Gemüse und Obst. Das gibt im Tag 925 Kalorien. Die englische und amerikanische Regierung haben für ihre Besatzungszonen 1500 Kalorien im Tag als vorläufige Norm aufgestellt. Daß auch diese Menge auf die Dauer zu klein ist, geht daraus hervor, daß schon der ruhende Mensch 1650 Kalorien im Tag benötigt und ein Büroarbeiter 2400 Kalorien.

Es muß festgestellt werden, daß allein die französische Militärregierung die Verantwortung für die Hungersnot trägt und sie seit 2 Monaten mit Vorbedacht dadurch herbeigeführt hat, daß sie immer wieder die Lebensmittel beschlagnahmen ließ, die für die Bevölkerung bereitgestellt waren. Manche Lebensmittel wie Bier und Zucker sind der Bevölkerung zugunsten der Besatzungsarmee überhaupt entzogen worden.

Es ist kein Zweifel möglich, daß die jüngsten Vernichtungsschläge der französischen Militärregierung gegen die Wirtschaft des Landes das gesamte württembergische Volk, Schuldige und Unschuldige, unterschiedslos seiner materiellen Existenzgrundlagen beraubt haben. Die Voraussetzungen jeden Wirtschaftens und jedes Wiederaufbaus sind Werkzeuge, Maschinen und Rohstoffe. Diese sind jetzt dem Lande genommen. Es ist darum nicht mehr fähig, aus eigener Kraft von neuem anzufangen. Die Massen des Volkes werden arbeitslos sein und bei der fortdauernden Aushungerungspolitik der Militärregierung physisch und moralisch verfallen. Damit ist genau der Zustand eingetreten, den die nationalsozialistische Propaganda warnend vorausgesagt hatte. Kein Gegner der Partei kann unter derucht der Tatsachen mehr bestreiten, daß die Gauleiter recht gehabt haben, und daß ein himmelschreiender Widerspruch zu den Erklärungen Churchills, Roosevelts und Eisenhowers besteht.

Hatten diese Staatsmänner das deutsche Volk tatsächlich in so plumper Weise betrogen, wie es den Anschein hat ? - Unbestreitbar neigen heute viele unter dem niederschmetternden Eindruck der Ereignisse dieser Auffassung zu und zwar Leute, die sich gestern noch zu diesen Männern bekannten, weil sie diese für fähig und berufen hielten, sittlichen Prinzipien im Leben der Völker wieder zum Sieg zu verhelfen. Der Bürger gibt zu, daß die Regierungen Englands und der USA anscheinend kein Mitbestimmungsrecht bei der Verwaltung der von Frankreich besetzten

Gebiete haben. In den letzten Tagen aber, wo es sich nicht mehr um zusammenhanglose Plünderungen handelte, sondern die Existenz des ganzen schwäbischen Volkes unterschiedslos und mit Vorbedacht vernichtet wurde, glaubte er dennoch in Anbetracht der Schwere des Falles das Eingreifen Eisenhowers erwarten zu können, sofern dessen Proklamationen an das deutsche Volk überhaupt ehrlich gemeint waren. - So denken heute die meisten im parteifeindlichen Lager des Bürgertums.

Nur eine Minderheit, die aber täglich kleiner wird, ist noch der Ansicht, daß die Regierungen Englands und der USA das Vorgehen Frankreichs im Grunde mißbilligen, aber im Augenblick nichts dagegen unternehmen können. Denn Frankreich, so sagt man in diesem Kreise, steht eng mit Russland im Bunde, und jedes Einschreiten gegen Frankreich würde von Russland als Unfreundlichkeit empfunden werden und dieses zu unangenehmen Handlungen im nahen oder fernen Osten veranlassen, die man vermeiden möchte, solange der Krieg mit Japan noch im Gange ist.

Wie dem in Wirklichkeit sei: für alle die Deutschen, die sich im Vertrauen auf die Gerechtigkeit der Westmächte Hitler und Gestapo 12 Jahre widersetzt und ein Leben der Zurücksetzung und Armut geführt haben, bedeutet es eine bittere Erkenntnis, daß Frankreich zwischen ihnen und den „Schuldigen“ ~~und denen~~, die als Parteimitglieder, Offiziere oder Mitläufer die Nutznießer des Regimes waren, keinen Unterschied macht, sondern alle gleichermaßen vernichtet. Die Resignation und Apathie dieser Kreise, die sich von den Alliierten neue und bessere Zeiten erhofft hatten und sich jetzt wiederum betrogen sehen, ist nicht zu beschreiben. Es ist daher verzeihlich, wenn mancher dieser alten Widersacher Hitlers heute - etwas verlegen allerdings - die Meinung äußert, der Nationalsozialismus sei doch die bessere Ordnung der Dinge gewesen. - Den breiten Massen ist der Ruin des Landes in seinem ganzen

Umfang noch nicht klar geworden. Sie werden aber bald die Folgen der Katastrophe durch Arbeitslosigkeit und Verarmung zu spüren bekommen und dann eine leichte Beute des Kommunismus werden.

Ob Frankreichs Industrie mit den geraubten Maschinen etwas wird anfangen können, erscheint fraglich. Schon beim Verladen haben die französischen Mannschaften alle wertvolleren Teile, besonders die elektrischen Antriebsmotoren, entfernt und auf die Seite gebracht, um damit private Geschäfte zu machen. Auch die deutschen Arbeiter haben sich bemüht, die Maschinen durch unsachgemäße Behandlung beim Abtransport zu beschädigen. So wird Frankreich aus den deutschen Maschinen, die hier im Lande mit Vorteil für die Alliierten hätten arbeiten können, keinen Nutzen ziehen. Die Maschinen werden vielmehr in französischen Bahnhöfen verrosten. Frankreich und seine Auftraggeber in Moskau werden als einzigen traurigen Erfolg ihrer Aktion den buchen können, das im *früher* demokratische, regsame und fleißige schwäbische Volk den Versicherungen Eisenhowers und Churchills zum Hohn vernichtet und ihm die Voraussetzung zu einem Wiederaufbau aus eigener Kraft genommen zu haben. Es ist jedem Einsichtigen in Württemberg klar, daß ohne fremde Hilfe, etwa Amerikas, durch Lieferung von Werkzeugen und Lebensmitteln und ohne die Wiederherstellung sicherer Rechtsgrundlagen das Land zwangsläufig zum Untergang verurteilt ist.

Stuttgart, den 30. Juni 1945

Dr. W. Lutz.

Dr. Walter L u t z

confidential

25-3067-22
Stuttgart-N, den 18. Juli 1945

Physiker

Gähkopf 21 a bei Kiemle

Sehr geehrter Herr S t e v e n s ,

ich habe Sie gestern auf die zunehmende Tätigkeit des Werwolfs, besonders in der deutschen Polizei, hingewiesen. Wie sich nachträglich herausgestellt hat, waren meine Verdächtigungen unbegründet, und ich habe keinen Anlaß, an der Sauberkeit der deutschen Polizei zu zweifeln. Mein Material ging auf einen jungen Journalisten namens W i l l m a n n zurück, der angab, auf Betreiben des Werwolfs tagelang von der deutschen Polizei im Hotel Silber aus fadenscheinigen Gründen eingesperrt worden zu sein, bis er als bekannter Antifaschist von den Amerikanern befreit worden sei. Im Gefängnis habe er noch zwei Leidensgenossen getroffen, die in Konzentrationslagern gewesen seien und jetzt erneut von der deutschen Polizei verhaftet wurden.

Ich hatte noch gestern Abend Gelegenheit, den Chef der deutschen Staatspolizei, Herrn Dr. K i e n l e , im Hotel Silber kennenzulernen und ihn wegen des Falles Willmann zu fragen. Herr Dr. Kienle hat mich ausdrücklich ermächtigt, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Willmann war Mitglied der NSDAP, Angehöriger des Sicherheitsdienstes und Redakteur am Stuttgarter NS-Kurier. Er galt als hervorragender Nationalsozialist und hat es deshalb schon in sehr jungen Jahren zum Schriftleiter gebracht. Er ist jetzt 22 Jahre alt. Als Willmann vor einem halben Jahr den Zusammenbruch des Hitlerregimes kommen sah, suchte er sein Leben dadurch zu retten, daß er heimlich den Kurs wechselte und Verbindung mit antifaschistischen Kreisen aufnahm. Um sein Alibi zu erbringen, schrieb er zusammen mit seiner 28 jährigen Freundin D i r s c h e k , einer ebenfalls bekannten

confidential 0021

Nationalsozialistin, ein noch unveröffentlichtes Buch „Remarque der Heimat“, worin seine Erlebnisse beim SD zur Sprache kommen. Willmann wurde von der deutschen Polizei verhaftet, weil er im Verdacht stand Werwolf zu sein und weil es der Militärregierung gegenüber nicht verantwortet werden konnte, ihn als ehemals führenden Nationalsozialisten länger auf freiem Fuß zu lassen. Was die beiden mit Willmann zusammen eingesperrten KZ-Häftlinge betrifft, so handelte es sich bei diesen um Elemente, die nach ihrer Entlassung aus dem KZ-Lager kriminell wurden und deshalb erneut in Haft genommen werden mußten. Der eine von ihnen, namens Mayer aus Fellbach, hat Totschlag begangen, der andere ist ebenfalls eines gewöhnlichen Verbrechens angeklagt.

Herr Dr. Kienle bedauert es, daß die amerikanischen Behörden es für richtig fanden, Willmann vor Klärung seines Falles aus der Haft zu entlassen. Es sei dies nicht der erste derartige Fall, wo ein Mißtrauen der deutschen Polizei gegenüber zum Ausdruck komme. Dr. Kienle glaubt jedoch sicher zu sein, daß sich im Hotel Silber keine Werwölfe befinden - es sei denn unten im Keller.

Schließlich führte Herr Dr. Kienle noch lebhaftere Klage darüber, daß die von der deutschen politischen Polizei aufrichtig gewünschte und mit Energie angefaßte Säuberung des öffentlichen Lebens vom Nationalsozialismus immer wieder durch unverständliche Eingriffe amerikanischer Stellen sabotiert wird. Es sei der deutschen Polizei genau bekannt, daß in zahllosen Ausschüssen und Verwaltungen die Nationalsozialisten nach wie vor herrschend seien und gerade in der letzten Zeit ihr Haupt sehr frech erheben. Infolge gewisser amerikanischer Anordnungen müsse die Polizei aber mit gebundenen Händen diesem Treiben zusehen, ohne dagegen etwas unternehmen zu können. In diesem Zusammenhang wies Dr. Kienle darauf hin, daß

unzählige führende Parteileute nichts unversucht lassen, um französische oder amerikanische Stellen für ihre persönlichen Ziele zu gewinnen, und daß diese Bemühungen - teilweise von gesellschaftlicher Art - häufig^{den} Erfolg haben, daß die ehrliche Arbeit der deutschen Polizei durch nazifreundliche amerikanische Gegenmaßnahmen illusorisch gemacht wird.

Ich würde mich aufrichtig freuen, wenn dieses Schreiben dazu beitrüge, eine vertrauensvolle und gedeihliche Zusammenarbeit der amerikanischen Behörden mit der deutschen Polizei herbeizuführen mit dem Ziel, das öffentliche Leben in Deutschland auf einer gesunden Grundlage zu erneuern.

Ich stehe Ihnen mit meinen Diensten jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit höflichen Empfehlungen

Ihr ergebener

W. Luf.

confidential

Dr. Walter L u t z

Stuttgart-N, den 29. Juli 1945

Physiker

Gähkopf 21 a bei Kiemle.

Sehr geehrter Herr S t e v e n s ,

die besondere Dringlichkeit der Gegenstände 1) und 2) unten veranlaßt mich, nicht bis zu der vereinbarten Zusammenkunft am 2.8.45 zu warten, sondern Ihnen schon heute einige Anregungen und Wünsche zur Kenntnis zu bringen.

1) Autobereifung.

Die deutschen Behörden anerkennen dankbar die tatkräftige Hilfe, die zur Linderung der Transportnot von der amerikanischen Militärregierung durch die Überlassung von Kraftwagen geleistet wurde. Die Lage im Transportwesen ist aber nach wie vor äußerst ernst. Auch bescheidene Anfänge eines Wiederaufbaus sind undenkbar, wenn nicht weitere Lastwagen in Betrieb genommen werden können. Da es vor allem an Bereifung fehlt, war es eine schwere Enttäuschung für das Land, daß die 3800 Autoreifen und 2900 Schläuche, welche die amerikanische Militärregierung halb und halb versprochen hatte, nicht zur Verfügung gestellt wurden. Ich verweise auf das beiliegende Schreiben der Landesverwaltung des Inneren vom 20.7.45 und würde es begrüßen, wenn die Militärregierung die Angelegenheit nochmals wohlwollend überprüfte.

2) Deutsche Feldpolizei.

Infolge der schweren Demoralisation der Bevölkerung durch den langen und verlorenen Krieg haben die Garten- und Flurdiebstähle in der Umgebung Stuttgarts ein solches Ausmaß angenommen, daß sofortige Abhilfe dringend erforderlich ist. Weil ein großer Teil der deutscher

Polizeibeamten zu Verwaltungsarbeiten herangezogen werden muß, können leider nur wenige Schutzleute für Streifen im Gelände freigemacht werden. Der Streifendienst der deutschen Feldpolizei ist daher zahlenmäßig viel zu schwach, um die Plünderung der Gärten durch die Zivilbevölkerung wirksam bekämpfen zu können. Ich möchte anregen, den Streifendienst vor allem in den gefährlichen Morgenstunden von 5-8 Uhr sofort um ein Vielfaches zu verstärken und den verstärkten Dienst bis 15. Oktober in Kraft zu lassen. Auch schärfere Bestrafung der Feld- und Flurdiebstähle könnte vielleicht die Tätigkeit der Polizei unterstützen.

3) Technische Hochschule Stuttgart.

Im Gegensatz zu früheren Rundschreiben des Rektorats der Hochschule wird in einem neuen an alle Institutsdirektoren verteilten Schreiben nachdrücklich darauf hingewiesen, daß künftig nur noch solche Assistenten und wissenschaftliche Mitarbeiter an der Hochschule beschäftigt werden können, die weder Pg. waren noch in Gliederungen der Partei aktiv nationalsozialistisch tätig waren. Auch wird in dem Rundschreiben, das ich selbst gelesen habe, von den Professoren und dem gesamten übrigen Personal die Einreichung des Fragebogens zur politischen Überprüfung verlangt. Ich glaube deshalb, daß man dem Herrn Rektor der Hochschule, Prof. Dr. G r a m m e l , bis jetzt nicht den Vorwurf der Lauheit bei der Ausrottung des Nationalsozialismus machen kann. Es wird natürlich alles darauf ankommen, ob er die Säuberung in den kommenden Monaten auch wirklich durchführen wird. Ich werde die Angelegenheit daher im Auge behalten.

4) Pg. Dr. F a h r .

Es wird allgemein nicht verstanden, daß Herr Dr. Fahr aus Stuttgart

heute noch in Wirtschaftsausschüssen und anscheinend auch bei der Militärregierung eine sehr bedeutende Rolle spielt, anstatt sich klugerweise Zurückhaltung aufzuerlegen. Dr. Fahr war Parteigenosse, Wehrwirtschaftsführer und Rüstungsobmann des Wehrkreises Va, er ist Direktor und Teilhaber der Firma Werner & Pflöiderer, Manometerfabrik, in Stuttgart. Obwohl Dr. Fahr führender Nationalsozialist war, hat er es verstanden, sich bei der französischen Militärregierung eine sehr hohe Vertrauensstellung zu erwerben. Diese Angaben wurden mir von hohen Beamten der deutschen Polizei bestätigt. Herr Direktor Vollmer vom Straßenverkehrsamt in Stuttgart teilte mir dazu ergänzend mit, daß Dr. Fahr, der immernoch einen großen Personenwagen führt, weder die Genehmigung dazu noch den Treibstoff vom Straßenverkehrsamt erhalten hat. Durch seine einflußreiche Stellung muß er sich also beides anderweitig beschafft haben. - In Kreisen kleiner Parteigenossen wird der Fall Fahr so gedeutet, daß die großen Bonzen, wenn sie den Alliierten nützlich erscheinen, geschont werden, und daß im wesentlichen die Masse der kleinen Pg. den Schaden zu tragen hat. Von Herrn Fabrikant Max Erasing, Am Bismarckturm 50, der Dr. Fahr persönlich kennt, erfahre ich noch, daß Dr. Fahr zwar ein energischer Nationalsozialist gewesen sei, daß er aber nicht zu denen gehörte, die jeder Kritik unzugänglich waren oder gar andere an die Gestapo auslieferten.

5) Erfassung der Glasreserven in Gärtnereien.

Gärtnereibesitzer Otto H a u s m a n n , Lenzhalde 26, politisch einwandfrei und mit einer Jüdin verheiratet, hat in mehreren Eingaben an die Landesverwaltung für Ernährung und Landwirtschaft, Abt. Gartenbau, vergeblich auf die Notwendigkeit hingewiesen, die

confidential

in vielen Gärtnereien noch lagernden Bestände an Glasscheiben zu erfassen und den Gärtnereien zuzuführen, deren Treibhäuser durch Fliegerangriffe gelitten haben. Nach Herrn Hausmann kam der Mangel an Frühgemüse in diesem Jahr zu einem guten Teil daher, daß viele Gärtnereien in der Umgebung Stuttgarts keine verglasten Treibhäuser hatten. Da Glas von den Hütten nicht bezogen werden kann, wird der Gemüsemangel auch im nächsten Jahr wieder eintreten, wenn die von

Herrn Hausmann vorgeschlagene Erfassung und Verteilung der Glasreserven nicht vorgenommen wird. Herr Hausmann kann seinen Vorschlag zahlenmäßig begründen und behauptet, daß größere Glasreserven sich vor allem in solchen Gärtnereien befinden, deren Besitzer Pg. waren und deshalb bei der Zuteilung von Glas bevorzugt wurden. Der Vorschlag von Herrn Hausmann wurde von der Landesverwaltung für Ernährung und Landwirtschaft, Abt. Gartenbau, nicht beantwortet, obwohl die Angelegenheit im Interesse der landwirtschaftlichen Erzeugung dringlich ist. Als Grund für die Gleichgültigkeit der Landesverwaltung gibt Herr Hausmann an, daß die meisten Beamten der Landesverwaltung noch die alten Parteileute des aufgelösten Reichsnährstandes sind, die genau wissen, daß ihre Tage gezählt sind, und die deshalb nichts mehr arbeiten. Ich möchte anregen, daß die Militärregierung die Säuberung der Landesverwaltung für Ernährung und Landwirtschaft veranlaßt und die von Herrn Hausmann empfohlene Glasaktion prüfen und durchführen läßt.

Mit höflichen Empfehlungen
ergebenst

W. Luf.

1 Anlage

confidential

0027

Dr. Walter L u t z
Physiker

confidential

Stuttgart-N, den 31. Juli 45
Gähkopf 21 a bei Kiemle

Sehr geehrter Herr S t e v e n s ,

Sie haben mich gebeten, Ihnen Anregungen für die amerikanische Militärregierung zu geben, Sie aber auch in aller Offenheit auf Mißstände aufmerksam zu machen. Ich erlaube mir heute, Sie auf einen solchen Mißstand hinzuweisen.

Wie ich von Herrn Otto H a u s m a n n , Gärtnereibesitzer, Lenzhalde 26 erfahre, kommt es anscheinend sehr häufig vor, daß amerikanische militärische Dienststellen ausgerechnet nationalsozialistischen Firmen in Stuttgart große und gewinnbringende Aufträge erteilen. Ein besonders krasser Fall dieser Art hat sich am 28. Juli ereignet, wo die Militärregierung dem früher hyper-nationalsozialistischen Blumengeschäft K e m m l e r - G a l l e y , Stgt.-S, Charlottenstr. 1 einen ganz ungewöhnlich großen Auftrag übergab und sogar noch 2 Lastwagen zur Herbeischaffung der Blumen zur Verfügung stellte. Es wird vermutet, daß es sich bei der Bestellung um die Blumendekoration für den amerikanischen Opernball am 29. Juli im Staatstheater handelte. Derselbe Fall hat sich kürzlich in Balingen ereignet, wo bei der bekannt nationalsozialistischen Firma August G u n z e n h a u s e r , Obertorstr. 29/31 eine große Blumendekoration für Rechnung der Militärregierung bestellt wurde.

Solche und ähnliche Fälle haben bei den Geschäftsinhabern, die nicht der NSDAP angehörten und daher magere Jahre hinter sich haben, einiges Befremden hervorgerufen. Man versteht nicht, daß die Militärregierung auf der einen Seite mit der Ausrottung des Nationalsozialismus Ernst zu machen beginnt, auf der anderen Seite aber

confidential

gleichzeitig Firmen zu gutem Verdienst verhilft, deren betont nationalsozialistische Einstellung bekannt war.

Es ist wohl anzunehmen, daß es sich in diesen Fällen um Unwissenheit und Fahrlässigkeit der amerikanischen Auftraggeber handelt. Herr Hausmann möchte daher anregen, daß sich die amerikanischen Dienststellen künftig in Zweifelsfällen zuerst an die Berufsinnung oder das Bürgermeisteramt wenden und sich dort ein Verzeichnis der Geschäftsinhaber geben lassen, die nicht Parteimitglieder waren.

Herr Hausmann behauptet, daß auch nationalsozialistischen Metzgereien in Stuttgart größere Aufträge von der Militärregierung erteilt worden seien.

Mit freundlichem Gruß

Ihr ergebener

W. Lutz.

Confidential

0029

(S. 30 nach S. 62)

Dr. Walter L u t z
Physiker

confidential

Stuttgart-N, den 7. Aug. 1945

Gähkopf 21 a bei Kiemle

Sehr geehrter Herr S t e v e n s ,

im folgenden erlaube ich mir wieder, Ihnen einige Anregungen und Wünsche zur Kenntnis zu bringen.

1) U.S.-Wache Fellbach.

Herr Dr. S c h l e c h t e r , Direktor des Technischen Büros Stuttgart der Siemens & Halske A.G., fuhr am 20. Juli 1945 mit seinem Chauffeur und 3 Ingenieuren der Firma von Großbottwar nach Stuttgart. Als das Personenauto um 16 Uhr abends langsam durch Neckarrems fuhr, sprang ein völlig betrunkenener amerikanischer Soldat auf den Wagen, warf mit entschlossener Pistole den Chauffeur hinaus, setzte sich mit den Worten „it's my car“ selbst ans Steuer und fuhr in tollem Zickzackkurs meist auf der falschen Straßenseite den Wagen mit den übrigen Insassen bis Fellbach. Dort ist es Herrn Dr. Schlechter gelungen, die mit 2 Mann besetzte amerikanische Wache am Ortsausgang nach Waiblingen zu verständigen. Die Wache hielt den Wagen an und nahm den Betrunkenen fest. Nachdem Herr Dr. Schlechter der Wache den Vorfall geschildert hatte, nahm diese den Betrunkenen nicht etwa in Gewahrsam, sondern gab ihm skandalöserweise Gelegenheit, auf einem anderen des Wegs kommenden amerikanischen Wagen zu entkommen. Der Vorfall in Fellbach hat sich um 6 Uhr abends ereignet. Der Betrunkene hatte an der linken Achsel einen Aufschlag mit den Worten „Irish Guard“.

2) Pg. Konsul Klingler.

Sehr häufig kommt es vor, daß kriminelle Gefangene des Hitlerregimes den Versuch machen, ihren Vergehen eine politische Färbung zu geben,

confidential

0031

um daraus jetzt Vorteile zu ziehen. Ein solcher Fall ist auch Herr Erwin Klingler, Textilkaufmann und Konsul der Republik Haiti in Stuttgart-N, Hauptmannsreute 28. Konsul Klingler gilt in der hiesigen Gesellschaft als ein skrupelloser Konjunkturritter, der seines Geschäftes wegen immer mit der herrschenden Macht geht. Er ist als einer der ersten im Frühjahr 1933 in die NSDAP eingetreten und hat bei allem mitgemacht. Seine Frau hat immer wieder den Tag als den schönsten ihres Lebens erklärt, wo sie dem Führer vorgestellt wurde und dieser ihr die Hand drückte. Im Frühjahr 1944 wurde Klingler im Zusammenhang mit einer großen Textilschiebungs- und Korruptionsaffäre vom Sondergericht Stuttgart in Untersuchungshaft genommen, aus der er erst beim Einzug der Franzosen in Stuttgart befreit wurde. Er war angeklagt, sich schwer gegen gewisse Kriegswirtschaftsverordnungen vergangen zu haben, und ein Todesurteil gegen ihn wurde befürchtet. Nach allem, was in der Stuttgarter Gesellschaft über Herrn Klingler bekannt geworden ist, waren es rein selbstsüchtige Motive und gemeine Gewinnsucht auf Kosten des Volksganzen, die seinem Vergehen zugrunde lagen. Trotzdem gibt sich Herr Klingler heute als politischer Märtyrer aus, und seine Frau erzählt jedermann, daß es ihrem Mann gelungen sei, seinen Prozess von den neuen Behörden als rein politischen Prozess bestätigt zu erhalten, woraus er jetzt alle Vorteile ziehe, die man als ehemaliger politischer Gefangener habe. So läßt Herr Klingler sein Haus in der Hauptmannsreute 28 gegenwärtig wieder aufbauen, wobei ihm seine weitreichenden Beziehungen, die er als nationalsozialistischer Geschäftsmann hatte, beim Bezug von Baumaterial zweifellos sehr nützlich sind. Es ist gewiß nichts dagegen einzuwenden, wenn jemand sein abgebranntes Haus wieder aufbaut; daß aber

ausgerechnet der alte Parteigenosse und kriminelle Häftling Klingler als einer der ersten mit dem Wiederaufbau seines Hauses beginnt, ist etwas, was in weiten Kreisen nicht verstanden wird. Ich würde es begrüßen, wenn der Fall von der Militärregierung untersucht würde, und die Papiere, die Herrn Klingler sein politisches Märtyrertum bescheinigen, eingezogen würden.

3) Pg. Dipl.-Ing. Schmidt.

Ich habe noch nie gehört, daß ein nicht in der Partei gewesener Volksgenosse heute schon in der Lage wäre, sein Haus wieder aufzubauen. Dazu fehlen ihm die Beziehungen, die zum Einkauf von Baumaterial heute unbedingt erforderlich sind. Diese Beziehungen kann nur jemand haben, der sich in einflußreicher Stellung befand, also im allgemeinen Pg. war. Ein solcher Pg. ist auch Fabrikant Rudolf S c h m i d t , Dipl.-Ing., Stuttgart-N, der damit begonnen hat, sein Haus in der Schottstr. 67 wieder herzurichten. Ich betone nochmals, daß an sich gegen die Instandsetzung des Hauses natürlich nichts zu sagen ist. Es ist nur auffallend, daß es immer nur Parteilite sind, die ihre Häuser aufbauen können. Ein dritter derartiger Fall ist mir aus der französischen Zone bekannt geworden.

4) Studienassessor Dr. Christ.

Ein hohes Beispiel von Charakter und Standhaftigkeit der Partei gegenüber hat mein Bekannter Dr. Ernst C h r i s t gegeben, z.Zt. Blinden-Lazarett Schloß Solitude bei Stuttgart. Dr. Christ ist Anwärter für den höheren Schuldienst und war Lehrer an der Volkshochschule in Stuttgart. Er überragt bei weitem den Durchschnitt der höheren Lehrer und ist einer der geistig bedeutendsten Köpfe, die ich kenne. Wegen seiner standhaften Weigerung, in die Partei

75-3067-34

einzutreten und die katholische Kirche zu verlassen wurde er von dem nationalsozialistischen württembergischen Kultusminister Mergenthaler mehrfach strafversetzt und überhaupt in der gemeinsten Weise schikaniert. Selbstverständlich wurde Dr. Christ seit 1933 im Staatsdienst nicht mehr befördert. Er ist heute mit 44 Jahren immer noch unbeamteter Assessor mit einem ganz geringen Gehalt. Er ist außerdem fliegergeschädigt und vermögenslos. Sein Gesundheitszustand ist infolge der vielen Maßregelungen schlecht. Unter diesen Umständen wäre es ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit gewesen, wenn die neue Landesverwaltung für Kultus und Unterricht das Gesuch von Dr. Christ genehmigt hätte, unter Überspringung des Ranges eines Studienrates unmittelbar zum Oberstudiendirektor an der Oberschule in Eßlingen befördert zu werden. Es muß als Skandal bezeichnet werden, daß die zuständige Abteilung U III der Landesverwaltung für Kultus die berechtigte Forderung von Dr. Christ mit der bürokratischen Ausrede abgelehnt hat, daß es in der Beamtenlaufbahn keine Überspringung von Rangstufen gäbe. Wenn es nach der Landesverwaltung ginge, müßte Dr. Christ zunächst Studienrat werden, also einen Rang annehmen, den seine gleichaltrigen Kollegen, die rechtzeitig der Partei beitraten, schon vor 12 Jahren erhalten hatten. Dementsprechend hat auch die Landesverwaltung Herrn Dr. Christ die Beamtung als Studienrat angeboten, sie übersieht jedoch geflissentlich, daß darin keine Wiedergutmachung der Schäden liegt, die Herrn Dr. Christ in den letzten 12 Jahren auch finanziell entstanden sind. Dr. Christ erblickt die letzte Ursache für die ablehnende Haltung der Landesverwaltung darin, daß 70-80 % der Kommission U III der Landesverwaltung für Kultus Parteigenossen und Reserveoffiziere sind, die zwar suspendiert, aber vorläufig noch im Amte sind, und die ihm begreiflicherweise nicht allzu wohl gesinnt

sind. - Ich nehme an, daß Sie, Herr Stevens, einen Einfluß auf die Landesverwaltung für Kultus, Abt. U III, ausüben können. Ich würde Ihnen dankbar sein, wenn Sie kurzerhand die Forderung stellten, daß Herr Dr. Christ zum Oberstudiendirektor an der Oberschule in Esslingen ernannt wird, was bei den Fähigkeiten von Herrn Dr. Christ auch die einzig gerechte Lösung sein würde. Es wäre dies ein wirklich positiver Schritt zum Aufbau eines neuen und gereinigten Beamtenapparates. Es ist nicht damit getan, daß man die politisch belasteten Beamten entfernt; man muß auch dafür sorgen, daß die unbelasteten und zuverlässigen Elemente ihren Fähigkeiten entsprechend in leitende Stellungen gebracht werden. Sonst ist alles umsonst. Daß dies nicht ohne den verbissensten Widerstand der Bürokratie abgeht, ist klar. Aber dieser Widerstand muss gebrochen werden.

5) Allgemeine Bemerkungen zur Bekämpfung des Nazismus.

Es ist erfreulich, daß jetzt energisch damit begonnen wird, alle Berufsgruppen der Reihe nach politisch zu überprüfen. Wie Sie mir selbst sagten, sollen die Beurteilungen sich im wesentlichen nach der Parteizugehörigkeit richten, wobei zu unterscheiden sei zwischen solchen Parteigenossen, die vor dem 1.7.37 eintraten, und solchen, die erst später Mitglied wurden. Die ersteren sollen aus ihren Ämtern entfernt werden, die letzteren wenigstens aus allen leitenden Stellungen. - In vielen Gesprächen mit den verschiedensten Persönlichkeiten konnte ich feststellen, daß man allgemein diese Formel für zu primitiv und roh hält und daß ihre Anwendung, namentlich wenn die Auswertung nach der Hollerith-Methode erfolgt, wie behauptet wird, zahllose Härten und Ungerechtigkeiten in sich schließt. Es ist nicht recht einzusehen, warum denen, die nach dem 1.7.37 eintraten,

mildernde Umstände zugbilligt werden sollen. Eine Ausnahme bilden wohl nur manche Angehörige der HJ, die teilweise, ohne überhaupt gefragt zu werden, in die Partei übernommen wurden. Im großen ganzen war aber der Terror, unter dem viele gegen ihren Willen in die Partei genötigt wurden, nach dem 1.7.37 nicht größer als vorher. Sehr viele von denen, die 1940 und 41 Mitglied wurden, sind gern und freiwillig eingetreten, weil sie den Anschluß nicht verpassen wollten, nachdem ihnen die Herrschaft Hitlers über Europa gesichert zu sein schien. Sie waren nur zu feige und zu vorsichtig, diesen Schritt schon einige Jahre früher zu tun. Auch war denen, die nach dem 1.7.37 Pg. wurden, bekannt, welcher Scheußlichkeiten das Hitlerregime z.B. in der Judenfrage fähig ist, und daß sich jeder mitschuldig macht, wenn er freiwillig der Partei beitrifft. Andererseits kann man denen, die etwa im Frühjahr 1933 Mitglied wurden, zugute halten, daß sie noch nicht im vollen Umfang wissen konnten, wie verbrecherisch die neue Herrschaft ist. Neben vielen charakterlosen Kunjunkturrittern, die 1933 Pg. wurden, befanden sich ebenso viele Idealisten, die an das Parteiprogramm glaubten, das auf dem Papier sehr schön aussah und bis auf wenige strittige Punkte von allen Deutschen unterschrieben werden konnte. Vor allem aber darf man nicht glauben, daß es nicht auch schon 1933 viele gegeben hat, die durchaus gegen ihren Willen unter Terror in die Partei gepreßt wurden. Ich selbst kenne in Stuttgart einen Kriminal-Kommissar, dem im Frühjahr 1933 für den Fall des Nicht-Eintritts in die Partei die Entlassung angedroht wurde, die bei der damaligen schweren Arbeitslosigkeit mit der Vernichtung seiner Existenz gleichbedeutend gewesen wäre. Der sonst mittellose Mann hatte also gar keine andere Wahl, als Pg. zu werden. Dafür soll er nun heute entlassen werden. Man sieht, daß eine Hollerith-Maschine, die auf den 1.7.37 eingestellt

confidential

ist, den mannigfaltigen Verhältnissen des Lebens nicht gerecht wird, und daß eine elastischere, individuelle Prüfung zur Anwendung kommen muß. Ich halte das starre Hollerith-System nicht für glücklich. Wenn die politischen Beurteilungen aber trotz aller Bedenken nach dieser Methode durchgeführt werden sollen, so möchte ich anregen, daß man in ein oder zwei Jahren, wenn sich die Verhältnisse etwas beruhigt haben, die strittigen Fälle noch einmal prüft und Härten und Ungerechtigkeiten korrigiert. - Vielfach wird an der amerikanischen Art der Säuberung vom Nationalsozialismus kritisiert, daß man zu sehr einseitig und negativ nur auf die Entlassung der Parteileute aus ihren Ämtern bedacht ist, daß man sich aber wenig oder gar keine Gedanken darüber macht, woher ein Ersatz kommen soll. Auch bemängelt man, daß die Amerikaner nicht ihrerseits die ihnen zuverlässig und fähig scheinenden Leute in leitende und verantwortliche Stellen setzen, wie es der Nationalsozialismus auch getan hat. Auch mir scheint die Frage des Ersatzes für die entlassenen Parteigenossen die ganze Aufmerksamkeit der Militärregierung zu verdienen. Viele Amtsvorstände sind völlig verzweifelt angesichts des häufig völlig unbrauchbaren Gesindels, das ihnen von sogenannten „Arbeitsausschüssen“ als Ersatz aufgedrängt wird. Bei den Finanzämtern und bei der Kriminalpolizei z.B. waren 90-95 % der Beamten in der Partei. Wollte man diese alle mit einem Schlag entlassen, so würde für lange Zeit ein Vakuum entstehen und der ganze Verwaltungsbetrieb lahmgelegt sein, weil ein ausgebildeter Ersatz nicht vorhanden ist und erst allmählich wieder herangezogen werden kann. Man sieht, daß gerade bei den Behörden die Entlassung der Parteileute nur sehr behutsam und sukzessive in kleinen Gruppen vorgenommen werden kann, wenn die Maschinerie nicht eines Tages still stehen soll. Man kann nicht den deutschen Behörden alle Verantwortung für die kommende Verwaltungsarbeit aufbürden und diese Behörden gleichzeitig durch

rohe Eingriffe in ihren Betrieb, wie z.B. durch Massenentlassungen von Parteileuten, Lähmen. Das würde nicht fair sein. - Die über-eilte Absetzung der nationalsozialistischen Beamten scheint vor allem draußen auf dem Lande häufig zu ganz unhaltbaren Zuständen geführt zu haben. So sind z.B. in Crailsheim und Backnang zwei ganz ungebildete Menschen als Landräte bestätigt worden, die ihrem Amte nicht gewachsen sind und Dummheit über Dummheit machen. Es ist eben nicht jeder, der einmal im KZ war, dadurch allein schon zum Verwaltungsbeamten qualifiziert, und es wäre gut, wenn die Militärregierung den Ersatz für die früheren Parteileute nicht nur auf seine politischen, sondern auch auf seine fachliche Fähigkeiten prüfte, bevor sie jemand im Amte bestätigt. - Zum Schluß möchte ich noch darauf hinweisen, daß nach einer weit verbreiteten Ansicht es nicht die aktiven Nationalsozialisten allein sind, die man aus ihren Stellungen entfernen sollte. Mindestens ebenso gefährlich sind die Militaristen; das sind alle aktiven Offiziere der neuen Wehrmacht und alle diejenigen, die seit 1933 sich freiwillig zu militärischen Übungen gedrängt haben, und das waren sehr viele. Leider werden diese Kreise durch den politischen Fragebogen nur unzureichend erfaßt. Ich bedaure das außerordentlich.

6) Pg. Hans Rehn.

Zum Beweis dafür, daß die politische Beurteilung mit der Hollerith-Maschine und nach dem 1.7.37 als Stichtag nicht ausreicht und zu Härten führen kann, bringe ich in der Anlage einen Bericht des Herrn Hans Rehn, der in Stuttgart, Stiftstr. 5 ein großes Papierwarengeschäft betreibt. Der Fall zeigt, daß es ohne individuelle Prüfung nicht geht. - Ich will mit der Anführung dieses Falles nicht den Versuch machen, Herrn Rehn bei Ihnen politisch zu entlasten. Dazu bin ich nicht imstande. Herr Rehn ist erst vor 4 Monaten

in meinen Gesichtskreis getreten, und ich kann die Angaben in seinem Bericht weder bestätigen noch widerlegen.

7) Prof. Dr. Grammel, Techn. Hochschule.

Ich besuchte gestern meinen alten Lehrer, Herrn Prof. Grammel, der als Rektor der Techn. Hochschule gegenwärtig die schwere und undankbare Aufgabe hat, den Lehrkörper der Hochschule auf Grund des Fragebogens politisch zu begutachten und seine Vorschläge der Militärregierung zu unterbreiten. Er erzählte mir, wie er sich Mühe gebe, gerecht und objektiv zu sein, und daß er in Zweifelsfällen immer den strengeren Maßstab anlege. Er erzählte aber auch, daß er sich in einigen Fällen auch nicht gescheut habe, Freisprechung zu beantragen, obwohl es sich um sehr alte Kämpfer handelte. Prof. Grammel legte mir diese Fälle im einzelnen auseinander, und ich mußte seine Haltung billigen. Es waren Sonderfälle, die mit dem 1.7.37 als Stichtag nicht entschieden werden können und noch viel weniger mit der Hollerith-Maschine zu beurteilen sind. Im übrigen steht Prof. Grammel wie ich auf dem Standpunkt, daß man Akademiker wesentlich schärfer beurteilen müsse als etwa einen Briefträger oder einen kleinen Beamten. - Sie erwähnten einmal, daß über die politische Haltung von Prof. Grammel auch ungünstige Urteile laut geworden sind. Ich habe mich deswegen umgehört, habe aber nichts nachteiliges in Erfahrung bringen können. Ich habe nur aus dem Munde von Herrn Prof. Grammel selbst gehört, daß er zweien seiner Assistenten, die nicht in der Partei waren und deshalb entlassen werden sollten, ^{vor Jahren} den Rat gegeben hat, wegen des formalen Eintritts in die Partei nicht zum Märtyrer zu werden. Er hielt den Fall damals für eine Erpressung der Partei und glaubte, daß schon aus diesem Grunde den beiden jungen Leuten aus ihrer Parteimitgliedschaft kein

confidential

Nachteil später erwachsen könne. Dies war aber der einzige Punkt, wo ich bei der Unterredung gestern mit Prof. Grammel nicht einig werden konnte. Ich stand auf dem Standpunkt, daß von „Erpressung“ damals, als die Lage auf dem Arbeitsmarkt schon sehr gut war, keine Rede gewesen sein konnte, und daß die beiden Assistenten eben in die Industrie hätten gehen sollen, wo man keinen Druck auf sie ausgeübt hat, wenn sie nicht den Ehrgeiz hatten, eine leitende Stellung zu gewinnen. Ich betonte auch, daß eine aufrechtere und charakturvollere Haltung gerade der akademischen Kreise den breiten Volksmassen hätte ein Beispiel geben können. Aber davon wollte Prof. Grammel wenig wissen, wie er auch für meine eigene Haltung in den letzten 12 Jahren wenig Verständnis übrig hatte. Er hielt diese kompromißlose Haltung für übertrieben und meinte, daß ich mir damit mehr geschadet als genützt habe. Letzten Endes ist eben auch Prof. Grammel durch Elternhaus und eigene Laufbahn etwas in den Ansichten und Traditionen eines Beamtentums befangen, das dem jeweiligen Landesherrn den Treueid leistet, ob dieser nun Kaiser Wilhelm, Hitler oder Stalin heißt. - Von solchen kleinen Schönheitsfehlern abgesehen halte ich aber Professor Grammel für einen vornehmen und zuverlässigen Charakter. Sonst wäre er kaum vor 1933 erst für 2 Jahre zum Rektor und dann für 2 weitere Jahre zum Prorektor gewählt worden. Wenn heute Stimmen laut werden, die ihn politisch zu verdächtigen suchen, so wäre erst einmal zu prüfen, ob es sich ^{nicht} vielleicht nur um Gehässigkeiten einiger kleiner Geister handelt, die jeden bedeutenden Mann herabzusetzen suchen, oder gar nur um persönliche Racheakte wegen beispielsweise nicht bestandenen Examens.

8) Landesverwaltung und franz. Militärregierung.

Ich bin dem Gerücht nachgegangen, wonach hohe französische Offiziere an die Landesverwaltung in Stuttgart das Ansinnen gestellt haben sollen, den Sitz der Landesverwaltung nach Tübingen zu verlegen, damit die Verbindung nicht abreiße. Denn Stuttgart sei doch in kurzem wieder unter französischer Herrschaft. - Durch Anfrage in verschiedenen Zweigen der Landesverwaltung habe ich festgestellt, daß man von einer derartig unvorsichtigen Äußerung französischer Offiziere nichts wußte. Nur Herrn Ministerialrat R u p p in der Landesverwaltung für Kultus war bekannt, daß die französische Militärregierung die Landesverwaltung um die Entsendung ständiger Verbindungsmänner nach Tübingen ersucht habe. Das ist natürlich etwas wesentlich anderes als das Gerücht nachher daraus gemacht hat !

9) Dauer der amerikanischen Herrschaft in Württemberg.

Durch eine Rundfrage bei vielen meiner Bekannten habe ich festgestellt, daß mit einer einzigen Ausnahme alle die amerikanische Herrschaft in Süddeutschland für eine kurze Übergangserscheinung halten, bis die Sowjetunion das Land endgültig in Besitz genommen hat. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch das Ergebnis einer Rundfrage, die ein anderer Stuttgarter veranstaltet hat. Er sagte als Neuigkeit 10 Bekannten, daß Rußland den Krieg erklärt habe, verschwieg aber, an wen die Kriegserklärung erfolgte. Von diesen 10 Befragten erwiderten 9 sofort: „Aha, Krieg gegen Amerika!“ Nur einer tippte richtig auf Japan. - Als Gründe für den baldigen Abzug der Amerikaner, der dem Gerücht zufolge in spätestens 2 Jahren erfolgen soll, werden angegeben:

a) Die neue imperialistische Ideologie Rußlands in Verbindung mit den Weltherrschaftsansprüchen des Kommunismus. Stalin wird nicht an der Oderlinie stehen bleiben; wenn ein günstiger Augenblick

kommt, bis zur Atlantikküste vorzustößen und ganz Europa, mit Ausnahme von England zu schlucken, wird Rußland marschieren.

b) In Deutschland ist keine militärische Macht mehr, die Rußland an der Demarkationslinie wirksam zurückhalten könnte. Man sagt, die amerikanische Besatzung sei in dieser Beziehung kein Schutz für das Land. Die soldatischen Tugenden des amerikanischen Volkes werden geringer eingeschätzt als die des russischen Volkes. Amerika habe zwar im Augenblick noch eine gewisse technische Überlegenheit, aber auch diese werde von Woche zu Woche kleiner.

c) Die Amerikaner befinden sich schon rein geographisch in Süddeutschland in einer unhaltbaren Lage den Russen gegenüber, Die Amerikaner haben keinen breiten Zugang zum Meer, sondern nur das unruhige und unsichere Frankreich im Rücken.

d) Die chaotischen Zustände in Frankreich, das man in Deutschland mit einem stinkenden Kadaver vergleicht, bilden einen starken Anreiz für Rußland, die amerikanischen und englischen Zonen zu überrennen und sich Westeuropas zu bemächtigen.

e) Russische Soldaten in Stuttgart sollen sich gelegentlich dahin geäußert haben, daß die Russen bald am Rhein stehen werden. Auch gewisse Schweizer Kreise in Stuttgart reden von der kommenden russischen Herrschaft als etwas selbstverständlichem. Auch französische Soldaten haben an ihre Quartierleute in Stuttgart geschrieben, daß sie hoffen, bald wieder zusammen mit den Russen in Stuttgart zu sein.

f) Das offenkundige Heimweh der amerikanischen Besatzungssoldaten läßt bezweifeln, daß diese Soldaten Deutschland gegen die Sowjetunion verteidigen werden. Man sagt auch, daß bei der nächsten Präsidentschaftswahl in 2 Jahren in den USA der Gegenkandidat unter Ausnützung dieser Heimwehstimmung die Liquidation des europäischen

Abenteuers den Massen versprechen wird, und daß dann wahrscheinlich die USA das Land den Russen überlassen werden.

g) Aus der Tatsache, daß die USA bis jetzt noch kein sichtbares größeres Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung und am Wiederaufbau des Landes gezeigt haben und noch kein Geld in der Wirtschaft des Landes investiert haben, wird in weitesten Kreisen ein Beweis dafür erblickt, daß die Amerikaner im Ernstfall nicht daran denken, das Land gegen Rußland zu schützen. Auch die Beschlagnahmen der Holzvorräte, der Zementproduktion und überhaupt der Produktion an Baumaterialien wird so gedeutet, daß Württemberg ausgebeutet und dann den Russen überlassen werden soll. Man sagt auch, daß die amerikanische Besatzungszone von Amerika aus gesehen an Bevölkerungszahl und Größe zu klein ist, um - verglichen etwa mit dem ostasiatischen Markt - in der amerikanischen Volkswirtschaft eine nennenswerte Rolle zu spielen, die Amerika veranlassen könnte, über den Ozean hinweg das bankrotte Europa gegen Rußland zu verteidigen.

h) Umgekehrt wird aus der Tatsache, daß in der englischen Besatzungszone Eisenbahnen und Post funktionieren und Handel und Gewerbe energisch gefördert werden, der Schluß gezogen, daß England im eigensten Interesse bemüht ist, das geistige und wirtschaftliche Potential seiner Zone zu entwickeln und für sich zu verwerten, aber auch im Ernstfall zu verteidigen. Allerdings wird überall bezweifelt, ob England allein in der Lage sein wird, sich mit Erfolg gegen Rußland zu wehren. - Der Kontrast zwischen dem Wiederaufbau in der englischen und der amerikanischen Zone wird von allen Reisenden hervorgehoben. Selbst wenn man zuläßt, dass England als alte Kolonialmacht die größeren Erfahrungen in der Verwaltung fremder Länder besitzt, wird doch die Rückständigkeit im amerikani-

confidential

schen Gebiet weniger als Unerfahrenheit wie als Uninteressiertheit gedeutet, die nach einer gewissen Zeit von selbst zur Räumung des Landes führt.

10) Anwerbungen der US-Armee.

Das Gerücht, wonach deutsche Soldaten, Offiziere und sogar SS-Männer in die amerikanische Armee eingereiht werden und sogar zu ganzen Divisionen zusammengestellt werden, hat in diesem Umfang nachgelassen. Es wird heute nur noch behauptet, daß Spezialisten wie Piloten, Düsenjäger usw. in kleiner Zahl angeworben worden seien. Jeder weiß auch genau zu erzählen, wieviel Gehalt die Angeworbenen bekommen und auf wieviel Jahre sie sich verpflichten mußten und daß alle nach 5 Jahren das USA-Bürgerrecht erhalten.

11) Neue Dolchstoßlegende.

Um sich den Nimbus der Unbesiegtbarkeit im Volke zu erhalten, hat die deutsche Militärkaste nach 1918 bekanntlich die Dolchstoßlegende erfunden, wonach Deutschland in Wahrheit den 1. Weltkrieg gewonnen habe. Nach meinen Beobachtungen scheint jetzt eine Neuauflage dieser Legende in Parteikreisen umzugehen. Es heißt, daß Deutschland in Wahrheit auch diesen Krieg gewonnen habe, daß aber der Verrat einer kleinen Militäroligue zuletzt noch alles vereitelt habe.

12) Verlagsbuchhändler Gundert.

Zu den Bekannten von mir, die ich bedingungslos als ~~unbedingt~~ politisch zuverlässig erklären kann, gehört auch Verlagsbuchhändler Fritz Gundert, Stuttgart-N, Lenzhalde 3. Ich kenne ihn seit 1937 oder 38. Da ich erfahren habe, daß er in diesen Tagen als Buchhändler politisch überprüft wurde, möchte ich nicht zögern, Ihnen diese Mitteilung zu machen.

confidential

13) Spion Dr. med. Kohlschütter.

Meine Tante, Frau Wilhelmine Lutz geb. Taaks in Bremen, Friedhofstr. 10; war naturalisierte amerikanische Bürgerin und alleinige Inhaberin der 220 Shares der San Cristobal Apartments Inc. in San Juan, Puerto Rico (USA), P.O. Office ^{Box} 1667. Als ich nach dem Tod meiner Tante am 21.6.1941 die Verwaltung des Hotels übernahm, bemerkte ich bei der Durchsicht der Akten, daß sich unter den Gästen des Hotels seit Frühjahr 1939 ein junger Dr. med. Kohlschütter aus Hamburg befand, angeblich zum Studium von Tropenkrankheiten, die es aber auf Puerto Rico nicht gibt. Dr. Kohlschütter gab an, im Auftrag des Reichsforschungsrates in Berlin seine Forschungsarbeiten zu machen. Seinen Lebensunterhalt bestritt er in der Weise, daß er sich aus der Hotelkasse die Zinsen und Dividenden, die meine Tante aus dem Hotel bezog, dort in USA- $\text{\$}$ auszahlen ließ (ca. 150.- bis 200.- $\text{\$}$ im Monat), während der Vater des Dr. Kohlschütter in Hamburg den Gegenwert in Reichsmark an meine Tante in Bremen überwies. Das Verrechnungsverfahren wurde von der Devisenstelle Weser-Ems in Bremen auf Antrag des Reichsforschungsrates genehmigt, und meine alte Tante ging in ihrer Ahnungslosigkeit auf den Handel ein.

Nach dem Tode meiner Tante ließ ich zur Ansammlung eines Reparaturfonds in San Juan keine Zinsen und Dividenden mehr auszahlen, so daß Dr. K. mittellos dastand. Gleichzeitig erfuhr ich von meinem Direktor in San Juan, daß Dr. K. ein spartanisch einfaches, aber sonderbares Leben führe, und von anderer Seite hörte ich, daß Dr. K. Mitglied der SS sein soll. Mein Verdacht wurde größer, und ich gab Anweisung, Herrn Dr. K. bei erster Gelegenheit zum Verlassen des Hotels aufzufordern.

Nun meldete sich der Reichsforschungsrat und forderte mich auf, das Verrechnungsabkommen mit Dr. K. zu verlängern. Ich verlangte aber zunächst genaue Auskunft über die Forschungstätigkeit des

Dr.K. in San Juan. Der Reichsforschungsrat gab zur Antwort, daß sich Dr.K. im „reichswichtigen Interesse“ einen Forschungsauftrag auf Puerto Rico habe, daß über den Gegenstand seiner Forschungen nichts gesagt werden dürfe und daß sich der Zweck des Aufenthaltes von Dr.K. auf Puerto Rico meiner privaten Beurteilung entziehe.

Auch der Vater von Dr.K. in Hamburg wurde vorstellig und bat ebenfalls um Verlängerung des Verrechnungsabkommens, da sein Sohn in San Juan sonst bald mittellos sein werde. Ich schrieb darauf Herrn K. in Hamburg, daß sein Sohn in San Juan entweder durch eine vernünftige Arbeit seinen Lebensunterhalt verdienen solle, oder sich angesichts der drohenden Kriegsgefahr mit Amerika nach Japan begeben solle. Herr K. erwiderte, daß sein Sohn nicht ohne höheren Befehl seinen Posten auf Puerto Rico verlassen dürfe, und richtete einen Appell an mich, einen auf wichtigem Auslandsposten stehenden Deutschen nicht im Stiche zu lassen.

Jetzt stand es für mich fest, daß es sich bei Dr.K. um einen kleinen in der Panamazone tätigen Spionen handelte, dessen Tätigkeit vom Reichsforschungsrat als angeblich wissenschaftlich gedeckt wurde. - Um vor den amerikanischen Behörden gerechtfertigt und loyal zu erscheinen, gab ich trotz der enormen Schwierigkeiten wegen der Briefzensur im Sommer 1941 den Befehl an meinen Direktor Hach in San Juan, Dr.K. aus dem Hotel hinauszuerwerfen, sofern Hach nach seiner dortigen genaueren Kenntnis der Tätigkeit des Dr.K. ebenfalls den Eindruck habe, daß Spionage im Spiele sei. Eine Meldung an das Amerikanische Generalkonsulat in Stuttgart habe ich nicht gewagt, weil immer mit einer Durchsuchung des Konsulates durch die Gestapo gerechnet werden mußte, und es dann um mich geschehen gewesen wäre.

Selbstverständlich lehnte ich nach diesen Erkenntnissen die Verlängerung des Verrechnungsabkommens ab. Der Reichsforschungsrat und Herr Kohlschütter in Hamburg erstatteten nun Anzeige gegen mich bei der Devisenstelle, um die Verlängerung des Verrechnungsabkommens zu erzwingen. So wurde ich im November 1941 zu einem Verhör in der Reichsbankfiliale Stuttgart geladen, bei dem Vertreter der Reichsbank, der Devisenstelle und vermutlich auch der Gestapo zugegen waren. Ich legte auseinander, daß ich für dringende Hausreparaturen in San Juan den Zinsendienst und die Dividendenzahlungen des Hotels einstellen müsse und keine Mittel für ein neues Verrechnungsabkommen erübrigen könne. Die Devisenstelle war aber anderer Meinung und verurteilte mich, die Zahlungen an Dr.K. weiterzuleisten, allerdings nicht mehr in der alten Höhe, sondern im reduzierten Betrag von ca. \$ 80.- bis 100.- im Monat, wenn ich mich recht erinnere.

Ich wurde also gezwungen, ohne Rücksicht auf die Reparaturbedürftigkeit meines Hotels die Spionage des Dritten Reiches zu finanzieren. Weil das Reich infolge der Devisenknappheit die Mittel nicht hatte, wurde einfach der auslanddeutsche Privatbesitz gezwungen, sein Geld für die Zwecke des Dritten Reiches zu opfern. - Bevor ich zu einem Gegenschlag in San Juan ausholen konnte, erklärte Hitler den Krieg an die USA, der weitere Überlegungen überflüssig machte.

Ich nehme an, daß Dr. Kohlschütter in den USA interniert worden ist. Sein Vater lebt in Hamburg in der Inselstraße, wenn ich mich recht erinnere. Er soll ein sehr vermöglicher Kaufmann sein.

Ich werde am kommenden Donnerstag um 10 Uhr 30 wieder in Ihre Sprechstunde kommen.

Mit höflichen Empfehlungen

ergebenst

confidential

0047
W. Lutz.

Dr. Walter L u t z

confidential

Stuttgart-N, den 15. Aug. 45

Physiker

Gähkopf 21 a bei Kiemle

Sehr geehrter Herr S t e v e n s ,

in meinem Bericht vom 7. August habe ich Ihnen unter 5) die Gründe auseinandergesetzt, weshalb ich die mildere Beurteilung der Parteigenossen, die nach dem 1.7.37 der NSDAP beitraten, für ungerechtfertigt und willkürlich halte. Wenn diese Parteigenossen tatsächlich milder behandelt werden, so müßte ich dem Rektor Grammel von der Technischen Hochschule Recht geben, der meine starr ablehnende Haltung gegen die Partei für weltfremd und unklug hielt, und der Meinung war, daß ich mir durch diese Haltung in meinem beruflichen Vorwärtskommen sehr geschadet habe. Ich muß gestehen, daß auch ich in den letzten Wochen immer mehr zu dieser Einsicht gekommen bin. Denn wäre ich etwa 1938 in die Partei eingetreten, so hätte ich Karriere machen können und würde mich heute in nicht wesentlich schlechterer Lage befinden. Ich denke dabei auch an meinen früheren Chef vom Röntgeninstitut, der 1942 Pg. wurde, der ein großes Führerbild in seinem Zimmer aufhängte, der das Kriegsverdienstkreuz annahm und sich überhaupt für die wissenschaftliche Rüstung stark einsetzte. Heute erzählt er jedermann auf der Straße, daß ihm die amerikanische Militärregierung die Mittel zum großzügigen Wiederaufbau seines Institutes genehmigt habe, daß mit dem Bau schon bald begonnen werde und daß er, obwohl Pg., seinen Personewagen wieder genehmigt bekommen habe. Er macht fast täglich einen Besuch bei Dawson und hat dadurch offenbar sehr viel erreicht. -

Sie werden verstehen, daß ich mir unter diesen Umständen fast Vorwürfe machen muß, nicht in die Partei eingetreten zu sein, und

confidential

die guten Jahre nach 1937 ^{nicht} mitgemacht zu haben. Wie die Erfahrung zeigt, würde ich heute nicht schlechter dastehen als ein Pg., der nach dem 1.7.37 Parteimitglied wurde.

Überhaupt habe ich aus vielen Besprechungen mit Freunden und Bekannten den Eindruck gewonnen, daß die Frage der Bekämpfung des Nationalsozialismus, die in den ersten Monaten der Besetzung noch sehr leidenschaftlich diskutiert wurde, heute an Interesse verloren hat und als ziemlich nebensächlich betrachtet wird. Der Grund für diese Entwicklung ist der, daß die Besserstellung derer, die nicht in der Partei waren, infolge der wirtschaftlichen Katastrophe des Landes nur auf dem Papier besteht, aber keine tatsächliche ist. Es sind viele Nazibeamte ohne Gehalt und Pension entlassen worden. Aber die politisch gewiß einwandfreien nächsten Beamten und Beamtinnen des Herrn Oberbürgermeisters haben teilweise seit 4 Monaten keine Gehaltszahlungen mehr bekommen. Praktisch besteht also kein Unterschied in der wirtschaftlichen Lage der Nazi und ihrer Gegner. Wer 12 Jahre lang sich gegen die Partei gestemmt hatte, erhält heute nicht mehr Brot und Fleisch als der wildeste Nazi, auch muß er genau so Schutt in den Straßen wegräumen wie ein Parteimann. Die Möglichkeit für jeden politisch Einwandfreien und Zuverlässigen, in höhere und leitende Stellungen aufzurücken, ist ebenfalls nur theoretisch. Denn kein Unternehmen der Industrie oder des Handels ist durch den allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruch in der Lage, etwa einen Ingenieur oder Kaufmann neu einzustellen. Und die sogenannten leitenden Stellungen in der Privatwirtschaft sind heute nur noch Konkursverwaltungen, die nicht gesucht sind.

Sie sehen, daß die Frage Nazi-Nichtnazi durch die große und allgemeine Not sehr an Bedeutung verliert und heute fast gegenstandslos ist. Nazi und Nichtnazi sind durch die Macht der Verhältnisse

unterschiedslos und gleichermaßen wirtschaftlich ruiniert; die Vorrechte der Nichtnazi bestehen daher nur in der Theorie.

Ich kann nicht verschweigen, daß auch die Regierung der USA das Ihrige tut, um die Existenz seiner zuverlässigsten Freunde ebenso zu vernichten wie die Existenz der Nationalsozialisten. Ich habe seit 1936 in schwierigsten Auseinandersetzungen mit der Devisenstelle und mit Aufgebot allen Scharfsinns darum gekämpft, meinen Grundbesitz auf Puerto Rico vor der Versteigerung und Transferierung nach Hitler-Deutschland zu retten. Ich habe den Besitz verteidigt, weil ich ihn Hitler für seine Aufrüstung nicht geben wollte, aber auch deshalb, um nach dem verlorenen Krieg eine Kapitalreserve an einem sicheren Platz im Ausland (USA) zu haben, mit der ich und meine Familie sich eine neue Existenz aufbauen könnten. Ich hatte das felsenfeste Vertrauen in die USA, daß mir der Besitz auch im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Amerika nicht enteignet würde. Denn von amerikanischen Seite wurde immer wieder betont, daß der Kampf nur den Militaristen, den Nationalsozialisten und ganz allgemein den Schuldigen gelte, zu denen ich und meine Familie bestimmt nicht gehörten. Trotzdem habe ich diesen meinen letzten Besitz nun abliefern müssen. Er ist mir auf Grund des Devisengesetzes Nr. 53 und der Potsdamer Beschlüsse enteignet worden. Da mein sonstiger Besitz durch Fliegerangriffe vernichtet wurde, habe ich nichts mehr, womit ich mir eine neue Existenz gründen könnte.

Sie werden mir vielleicht zum Trost einwenden, daß das Deutsche Reich mich entschädigen werde. Diese Hoffnung habe ich jedoch nicht. Der Staat ist dermaßen bankrott, daß er auf lange Zeit hinaus unfähig sein wird, meinen Fliegerschaden oder Puerto Rico zu

ersetzen. Der Staat wird wahrscheinlich in 2-3 Monaten nicht einmal mehr in der Lage sein, seine reduzierten Beamtengehälter zu bezahlen.

Es ist klar, daß bei einer Politik, die Nazi und Nichtnazi ohne Unterschied gleichermaßen ruiniert, die Frage der Ausschaltung der Nationalsozialisten kein Interesse in der Öffentlichkeit mehr findet. Denn die Vorrechte der Einwandfreien und politisch Zuverlässigen sind nur noch theoretisch und haben keine reale Grundlage mehr. Viel mehr bewegt uns alle die Frage, was nun eigentlich werden soll. Niemand vermag hier klar zu sehen. Es gibt Optimisten wie z.B. Prof. Grammel von der Techn. Hochschule, der kürzlich den Besuch eines amerikanischen Obersten und Wirtschaftssachverständigen hatte. Dieser äußerte sich dahin, daß in Balde die Wirtschaft des Landes wieder in Gang kommen werde. Amerika brauche das geistige Potential der deutschen Intelligenz und auch den deutschen Absatzmarkt ebenso sehr wie Deutschland gewisse amerikanische Rohstoffe. Der ostasiatische Markt sei nur für billige Massenware aufnahmefähig, Qualitätsware könne aber nur mit Deutschland und Europa ausgetauscht werden. Amerika habe deshalb das größte Interesse daran, Deutschland schnell über die ersten Schwierigkeiten des Wiederaufbaus hinwegzuhelfen, um es zu einem brauchbaren und leistungsfähigen Handelspartner zu machen.

Genau entgegengesetzt hat sich ein anderer Oberst der US-Armee geäußert. Er meinte, Deutschland müsse in ein einziges KZ-Lager verwandelt werden. Man dürfe Deutschland keine Möglichkeit geben, sich wieder emporzuarbeiten, sonst sei es nach 10 Jahren wieder ein unerwünschter Konkurrent der USA. Deutschland sei politisch und wirtschaftlich gefährlich und müsse unterdrückt werden.

confidential

Ich kann nicht verschweigen, daß auch die Regierung der Vereinigten Staaten das Ihrige tut, um die Existenz der politisch zuverlässigen Freunde Amerikas ebenso zu vernichten wie die Existenz der Nationalsozialisten. Ich habe seit 1936 in schwierigsten Auseinandersetzungen mit der Devisenstelle und mit Aufgebot allen Scharfsinns darum gekämpft, meinen Grundbesitz auf Puerto Rico vor der Versteigerung und Transferierung nach Hitler-Deutschland zu bewahren. Ich habe den Besitz verteidigt, weil ich ihn Hitler für seine Aufrüstung nicht geben wollte, aber auch um nach dem verlorenen Krieg eine Kapitalreserve an einem sicheren Platze im Ausland (USA) zu haben, um mir und meiner Familie damit eine neue Existenz aufbauen zu können. Ich hatte das felsenfeste Vertrauen in die Vereinigten Staaten, daß sie mir den Besitz auch im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Amerika nicht enteignen werden. Denn immer wieder wurde von amerikanischer Seite betont, daß der Kampf den Militaristen, den Nationalsozialisten und ganz allgemein den Schuldigen gelte, zu denen ich und meine Familie bestimmt nicht gehörten. - Diesen meinen letzten Besitz habe ich nun abliefern müssen. Er ist mir auf Grund des Devisengesetzes Nr. 53 und der Potsdamer Beschlüsse enteignet worden.

Sie werden mir vielleicht zum Trost einwenden, daß das Deutsche Reich mich entschädigen werde. Aber diese Hoffnung habe ich nicht. Der Staat ist dermaßen bankrott, daß er auf lange Zeit hinaus unfähig sein wird, meinen totalen Fliegerschaden oder Puerto Rico

confidential

Offenbar gibt es in den USA eine wirtschaftlich denkende und eine militaristische Strömung, deren Vertreter die beiden Obersten der US-Armee waren. Welche Strömung der offiziellen Auffassung entspricht und damit maßgeblich ist, kann hier nicht beurteilt werden. Manches scheint leider dafür zu sprechen, daß es die militaristische Richtung ist, die gegenwärtig die Oberhand hat. Ich habe mit namhaften Vertretern der Intelligenz über diese Dinge gesprochen, darunter mit Rektor Grammel und einem Fabrikanten. Ihre Ansicht geht übereinstimmend dahin, daß bei einem Sieg der militaristischen Richtung die USA den Krieg haushoch verloren hätten. Denn dann würde die gesamte deutsche Intelligenz einen Pakt mit dem Teufel schließen und - gleichgültig ob Nazi oder Nichtnazi - nach Rußland abwandern, wo sie mit offenen Armen aufgenommen wird. Es seien dann zwar der deutsche Militarismus, der Nationalsozialismus und die deutsche Wirtschaftskonkurrenz, gegen die Amerika den Krieg geführt hat, für alle Zeiten ausgeschaltet; Amerika habe aber dafür sich einen noch weit gefährlicheren Gegner in Rußland geschaffen und müsse konsequenterweise morgen gegen Rußland kämpfen, wie es gestern Deutschland bekämpft hat.

Ich selbst teile diese Ansicht ebenfalls; ich hoffe aber immernoch, daß die Vernunft schließlich doch den Sieg davontragen wird, und zwar hoffentlich bald.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr ergebener

W. Lutz.

confidential

Dr. Walter L u t z
Physiker

75-3067-54
Stuttgart-N, den 12. Oktober 1945
Gähkopf 21 a bei Kiemle.

Sehr geehrter Herr S t e v e n s ,

in den letzten Tagen hat sich eine große Aufregung der Stadt bemächtigt, weil auf Anordnung der Militärregierung für mehrere tausend Polen und Ostjuden gute Wohnungen von der Bevölkerung geräumt werden mußten. Es heißt, daß noch mehr Straßenzüge beschlagnahmt werden sollen, um solchen polnischen Juden, die bisher in Barackenlagern wohnten, für den Winter eine ordentliche Unterkunft in gut erhaltenen Wohnungen der Stadt zu sichern. Jedermann zittert vor Furcht und Schrecken, daß ihn das Schicksal ereilen könnte, den Rest seiner Habe, den jeder aus Bombenangriffen und Franzosenzeit mühsam gerettet hatte, bei dieser Gelegenheit vollends zu verlieren und mit seiner Familie auf die Straße gesetzt zu werden ohne Aussicht, in der schwer zerstörten Stadt wieder eine Unterkunft zu finden. Die Räumungsaktion für die Polen ist das Tagesgespräch in der Stadt und wird wegen der Schutz- und Rechtlosigkeit, mit der es dabei zugeht, als schlimmer bezeichnet als alles, was die schwergeprüfte Stadt schon vorher durch Fliegerangriffe, Hunger und Plünderungen durch die französische Besatzung durchgemacht hat. Man möchte in der Tat nicht glauben, daß Vorkommnisse, wie sie sich in den letzten Tagen in Stuttgart abgespielt hatten, und die an Barbarei und Sadismus sogar das durchschnittliche Verhalten der SS in Polen in den Schatten stellten, unter einer zivilisierten Besatzungsmacht möglich waren.

Nach meinen Erkundigungen wurden die Bewohner der betroffenen Straßen durch Beauftragte der UNRRA auf Befehl der Militärregierung zur Räumung ihrer Wohnungen innerhalb 24 Stunden gezwungen. In manchen Häusern wurde den Wohnungsinhabern erlaubt, Lebensmittel, Wäsche, Brennmaterial und den größten Teil der Möbel mitzunehmen. In anderen Häusern aber mußten die Bewohner ihr gesamtes Hab und Gut zurücklassen und durften nur einen kleinen Handkoffer mit dem Allernötigsten mitnehmen. Tatsächlich wurden aber diese Zusicherungen nicht gehalten. Die Wohnungen wurden überall sofort nach der Ausgabe der Räumungsbefehle von polnischen und jüdischen Gangsterbanden vollständig ausgeplündert, ohne daß die terrorisierten Bewohner die geringste Möglichkeit gehabt hätten, ihr Gepäck ordnungsgemäß aus den Häusern herauszubringen. Weder die deutsche Polizei, noch die angerufenen amerikanischen Besatzungsbehörden haben Hilfe gewährt und für Ordnung gesorgt. Die Betroffenen sind in einer furchtbaren Lage, da sie unter den heutigen Verhältnissen keinen Ersatz für das Verlorene bekommen können. Irgend ein Unterschied, ob die Wohnung einem aktiven Pg. oder gar einem politisch Geschädigten gehörte, wurde von der UNRRA nicht gemacht. Im Städtischen Wohnungsamt in der Hohenheimerstraße stand gestern eine lange Schlange vor dem Zimmer für „Politisch Geschädigte“. Es waren meist Leute, die durch die Wohnungsaktion für die Polen und Ostjuden um ihren gesamten Hausrat gekommen sind und jetzt kein Obdach mehr haben.

Meine Mutter, die gestern zufällig auf dem Wohnungsamt zu tun hatte, hörte vor dem Zimmer für „Politisch Geschädigte“ den Bericht eines Ausgeplünderten. Er gab an, er habe aus seiner

Wohnung in der Reinsburgstraße nichts mitnehmen dürfen außer einem Handkoffer, und auch dieser noch sei ihm an der Haustüre von polnischem Gesindel entrissen worden, so daß er jetzt nichts mehr besitze, als was er auf dem Leibe trage. Die amerikanische Militärpolizei, die er um Hilfe anrief, habe ihn mit Hohn abgewiesen. Als seine Frau 2 Tage später die Wohnung wieder betrat, habe sie diese unbewohnt und leer vorgefunden. Nur einige schwer zu transportierende Möbel hätten sich noch darin befunden. Die übrigen Möbel und der gesamte Hausrat seien weg gewesen und vermutlich auf dem schwarzen Markt oder durch unterirdische Hehlerorganisationen verkauft worden.

Auch sonst hört man, daß die Polen die ihnen für den Winter zur Verfügung gestellten Wohnungen garnicht beziehen, sondern die Häuser lediglich plündern, den Hausrat auf dem schwarzen Markt verkaufen und dann die Wohnungen unbewohnt und leer stehenlassen. In Anbetracht der entsetzlichen Wohnungsnot in der Stadt haben diese Vorkommnisse große Empörung gegen die amerikanische Besatzungsmacht hervorgerufen und werden zweifellos die antisemitische Bewegung noch verstärken. Nachdem der Krieg vorüber ist, erblickt man allgemein in den Räumungsbefehlen eine sadistische Quälerei der deutschen Bevölkerung, zumal es sich bei den eingewiesenen Polen und Ostjuden um kulturell meist tiefstehende und offenkundig kriminelle Elemente handelt, deren Treiben man unter den Augen der Besatzungstruppe recht- und schutzlos preisgegeben ist. Man erblickt darin auch einen Widerspruch zu der Proklamation Eisenhowers, derzufolge die amerikanische Armee nicht gekommen ist, um das deutsche Volk zu versklaven, sondern um Recht und Ordnung wiederherzustellen.

Da ich persönlich das Glück hatte, von der Wohnungsaktion bis jetzt verschont worden zu sein, kann ich Ihnen nur Dinge mitteilen, die ich gehört, aber nicht selbst erlebt habe. Es ist mir jedoch gestern Abend noch gelungen, einen schwer ausgeplünderten Bewohner der Reinsburgstraße kennenzulernen. Es handelt sich um den Heilpraktiker F r i c k , der jetzt in der Hauptmannsreute 47 bei Breuninger eine Notunterkunft gefunden hat. Ich lasse seinen Tatsachenbericht zur Ergänzung meines Schreibens hier folgen. In dem Bericht spielt ein Ostjude namens K i r s c h b l a t t als Bandenführer eine besondere Rolle.

Mit höflichen Empfehlungen

Ihr-ergebener

W. Lutz.

1 Anlage.

Dr. Walter L u t z

Physiker

Stuttgart-N, den 19. Oktober 1945

Gähkopf 21 a bei Kiemle.

Sehr geehrter Herr S t e v e n s ,

wie ich Ihnen schon sagte, hat die Freigabe von Zement einen guten Eindruck in der Bevölkerung gemacht und die Nationalsozialisten entwaifnet, die behaupten, daß die Militärregierung die Erdrosselung des Volkes beabsichtige. Leider ist dieser gute Eindruck durch die bedauerlichen Übergriffe der UNRRA bei der Wohnungsaktion für Ostjuden und Polen wieder vollkommen zunichte gemacht worden, und noch nie ist so viel auf die Amerikaner geschimpft worden wie in den vergangenen zwei Wochen. Nach meinen Beobachtungen ist es nicht so sehr die Tatsache der Wohnungsbeschagnahmen an sich, welche die Gemüter so aufgebracht hat; man hätte sogar einiges Verständnis dafür gehabt, daß Menschen, die durch deutsche Schuld ins Elend gestoßen wurden, über den Winter in ordentlichen Wohnungen untergebracht werden. Der hauptsächlichste Grund für die Erbitterung ist vielmehr der, daß die Wohnungen für größtenteils kriminelle Elemente geräumt werden mußten, denen es garnicht auf eine warme Unterkunft für den Winter ankam, sondern nur auf die Ausplünderung der Wohnungen. Es ist erwiesen, daß die Ostjuden Möbel und Hausrat der ihnen zugewiesenen Häuser sofort durch die Parterrefenster an Passanten zu den auf dem schwarzen Markt üblichen Preisen verkauft haben und dann die Wohnungen leer und unbewohnt stehen ließen. Daß Wohnung und Besitz ausgerechnet so unwürdigen und üblen Menschen geopfert werden mußten, hat man nirgends verstanden und daraus den Schluß gezogen, daß es der Militärregierung lediglich darauf ankomme, die

Bevölkerung zu schikanieren. - Ein weiterer Grund für die Empörung der Bevölkerung ist das Verhalten der amerikanischen Militärpolizei und überhaupt des amerikanischen Militärs, das bei Raubüberfällen von Juden und Polen auf deutsche Zivilisten entweder überhaupt nicht einschritt, oder offen die Partei der Polen ergriff. Solche Vorfälle haben das Gefühl erzeugt, daß Rechtlosigkeit und Willkür in der Stadt herrschen im Gegensatz zu früheren Radioerklärungen amerikanischer Staatsmänner, das deutsche Volk werde streng, aber gerecht behandelt werden, und im Widerspruch zu der Proklamation Eisenhowers, die amerikanischen Armeen seien gekommen, um Recht und Ordnung wiederherzustellen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen noch mitteilen, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung seit dem Auftreten der Polen und Ostjuden in Stuttgart erheblich gelitten haben. Das Benehmen der Polen in der Öffentlichkeit ist sehr schlecht - wie ich höre, auch den Frauen gegenüber -, und Raubüberfälle jüdischer Banden auf Zivilisten in der Dunkelheit sind an der Tagesordnung. Erst vor wenigen Tagen wurde Herr Oberregierungsrat K n o l l vom Wirtschaftsministerium überfallen, völlig ausgeplündert, mißhandelt und verletzt.

Schließlich möchte ich Sie noch darauf hinweisen, daß die von den Juden am Westbahnhof bewohnten Quartiere jetzt der Mittelpunkt des schwarzen Marktes sind, nachdem der schwarze Markt um den Rathausplatz auf Befehl der Militärregierung aufgehoben und verboten wurde. Es können bei den Juden am Westbahnhof die von ihnen geplünderten und gestohlenen Möbel und Haushaltsgegenstände zu horrenden Preisen gekauft werden, aber auch Lebensmittel, welche die Juden von der UNRRA erhalten haben. Da der

schwarze Markt zur Stabilisierung der Preise und der Währung von der Militärregierung mit Recht verboten wurde, versteht man nicht weshalb der schwarze Markt am Westbahnhof stillschweigend immer noch geduldet wird. Die öffentliche Meinung verlangt gebieterisch eine Razzia der Militärpolizei in dem jüdischen Viertel am Westbahnhof. Darüber hinaus wird allgemein die Ansicht und der Wunsch geäußert, daß Polen und Ostjuden kaserniert werden, mindestens aber schärfer polizeilich überwacht werden. Die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit infolge der häufigen Raubüberfälle der Ostjuden macht die Kasernierung oder Überwachung zu einer Notwendigkeit.

Mit höflichen Empfehlungen

Ihr ergebener

W. Luf.

Dr. Walter Lutz

(14) Stuttgart-N, den 12. Februar 1946

Physiker

Gähkopf 21 a bei Klemle.

An die Redaktion der "Neuen Zeitung"

(13b) MünchenSchellingstr. 39"Das freie Wort"Betreff: „Nürnberg und kein Interesse“ (Nr. 11, Seite 2 der N.Z.).

Die Rundfrage der N.Z. scheint mir zwei wesentliche Gründe für die geringe Teilnahme der deutschen Bevölkerung am Nürnberger Prozeß nicht aufgedeckt zu haben. Immer wieder hört man die Ansicht, daß Nürnberg einen ganz anderen "Eiderhall" finden würde, wenn dort auch die Verbrechen gegen die Menschlichkeit ihren Ankläger finden, die von den Alliierten im deutschen Osten, in der Tschechei, aber auch im Westen und in deutschen Kriegsgefangenenlagern in Frankreich an zumeist unschuldigen Menschen verübt oder geduldet wurden. Das Arbeitsprogramm des Nürnberger Gerichtes kann leicht die Meinung aufkommen lassen, daß Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht unbedingt verwerflich sind, sondern straffrei bleiben, wenn sie von Angehörigen der Siegernationen begangen werden.

Weiterhin wirft man oft die Frage auf, ob denn die Angeklagten von Nürnberg mit ihrer kriminellen Veranlagung oder psychopathischen Konstitution wirklich in dem Maße die Hauptschuldigen an der europäischen Tragödie sind, daß es gerechtfertigt ist, so viel Aufhebens von dem Prozeß zu machen. Zweifellos sind die Angeklagten schuldig und müssen bestraft werden. Aber in weiten Kreisen ist man der Ansicht, daß die eigentlichen Hauptschuldigen unter jenen ausländischen Staatsmännern zu suchen sind, die es nach dem 1. Weltkrieg in der Hand hatten, politischen, gesunden und wirtschaftlichen

vernünftige Verhältnisse in Mitteleuropa herbeizuführen. Statt dessen wurde die verständigungsbereite Weimarer Republik übel behandelt, und dadurch Stimmungen und Zustände in Deutschland geschaffen, die es den Militaristen und Elementen wie Hitler überhaupt erst ermöglichten, beachtet zu werden und Anhang zu finden.

(7. Satz)

Dr. Walter L u t z

Physiker

(14) Stuttgart-N, den 12. Februar 1946

Gähkopf 21 A bei Kienle.

An die Redaktion der „Neuen Zeitung“,

z. H. von Herrn Major H. Wallenberg

(13b) M ü n c h e n

Schellingstr. 39

Betreff: Weltpolitische Rundschau, „Not und Hilfe“, N.Z. Nr.12, S.2.

Sehr geehrter Herr M a j o r ,

Ich habe Ihre Ausführungen zu Präsident Truman's Europahilfe gelesen und möchte Ihnen gerne glauben. Ich verweise Sie aber auf den ganz anderen Ton des Artikels „Deutschlands künftiger Lebensstandard“ in Nr. 11 der N.Z., Seite 3, wonach die Ammoniaksynthese in Deutschland künftig verboten, und die Stickstoffherzeugung auf 500 000 Tonnen im Jahr beschränkt ist, das sind 10 % der deutschen Vorkriegsproduktion. Die Drosselung der deutschen Stickstoffherzeugung auf 10 % bedeutet eine dauernde schwere Schädigung unserer Landwirtschaft in Zeiten von ohnehin größter Weltknappheit an Lebensmitteln und einen chronischen Elends- und Hungerzustand des deutschen Volkes. Solche Artikel wie der in Nr.11, Seite 3, haben zur Folge, daß auch ruhig und wohlgesinnt denkende Menschen in Deutschland den häßlichen Verdacht nicht loswerden können, daß trotz Getreidelieferungen letzten Endes doch die Vernichtung der deutschen Volkskraft beabsichtigt ist. Ich kann Ihnen auf Grund persönlicher Beobachtungen versichern, daß der erwähnte Artikel bis in die Familien der Landesminister die größte Bestürzung hervorgerufen und das Mißtrauen leider vermehrt hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung

0030

gez. W. Lutz

Die Neue Zeitung

EINE AMERIKANISCHE ZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE BEVÖLKERUNG

Herrn

Dr. Walter Lutz

Datum des Poststempels

Stuttgart - N

Gänkopf 21 a

Sehr geehrter Leser!

Wir haben Ihre Zuschrift mit grossem Interesse gelesen.

Es ist das Prinzip der „Neuen Zeitung“, sämtliche Zuschriften zu lesen und zu prüfen, unabhängig davon, ob sie sich für eine Veröffentlichung eignen oder nicht. In vielen Fällen bieten uns die Zuschriften unserer Leser auch dann einen wertvollen Fingerzeig, wenn wir diese Briefe nicht abdrucken können.

Wir betrachten auch Ihren Brief als einen nützlichen Beitrag zu der Arbeit, die wir unternehmen. Wenn wir ihn nicht veröffentlichen, so geschieht dies, weil er nicht von jener allgemeinen Bedeutung ist, die wir im Auge behalten müssen, wenn wir aus der Fülle der Zusendungen nur einige Briefe herausgreifen.

Wir werden uns jedoch freuen, gelegentlich wieder von Ihnen zu hören.

Hochachtungsvoll!

Die Neue Zeitung

Der Chefredakteur

Dr. Walter L u t z

(14a) Stuttgart-W, den 30. Januar 1947.
Gähkopf 21 A

Herrn Minister Gottlob K a m m ,
Ministerium f. Polit. Befreiung

(14a) S t u t t g a r t -
Rotebühlstr. 79

Sehr geehrter Herr M i n i s t e r ,
in Sorge um die Sauberkeit unseres Staates und um die Gleichheit
der Person vor dem Gesetz beobachte ich die Versuche, zwei Unter-
zeichner des Ermächtigungsgesetzes, die vom öffentlichen Kläger an-
geklagt sind, dem Verfahren vor der Spruchkammer zu entziehen. Die
Entpflichtung des öffentlichen Klägers Franz Karl Maier vollends hat
eine Lage geschaffen, die beunruhigend ist und die es mir aus Ge-
wissensgründen unmöglich macht, meine Kräfte länger in den Dienst
der Entnazifizierung zu stellen. Ich bitte Sie daher, mich mei-
ner Dienstobliegenheiten als öffentlicher Kläger mit dem heutigen
Tage zu entbinden. Ich kann dennoch die Hoffnung nicht aufgeben,
dass die Abgeordneten des ehemaligen Reichstags, die dem Ermäch-

tigungsgesetz zugestimmt haben, von sich aus die Einsicht und Grösse haben werden, sich freiwillig der Spruchkammer zu unterwerfen und damit in einem gefährvollen Augenblick der Sache unserer noch schwachen Demokratie einen unermesslichen Dienst zu erweisen.

gez. W. Lutz

Öffentlicher Kläger der Spruchkammer
des Interniertenlagers 77 in Ludwigsburg.

Revision des Befreiungsgesetzes?

von

Dr. Walter I u t z.

Die Verbrechen und das Elend, das der Nationalsozialismus auf seinem Zerstörungszug durch Europa verschuldet hat, sind von so ungewöhnlichen Dimensionen, dass zur Übersindung der Folgen auch ein ungewöhnliches Gesetz berechtigt ist. Handelt es sich doch einfach darum, wer die Lasten dieses Krieges und die Entschädigungen der Opfer des Faschismus in erster Linie tragen soll: diejenigen, die - und sei es auch nur als Mitläufer - mitgemacht und sich bei Terror und Pogromen wohlgefühlt haben, oder diejenigen, die sich Hitler widersetzt, die sich für Deutschland geschämt und die mindestens seelisch 12 Jahre lang unsagbar gelitten haben? - Hierauf kann es nur eine Antwort geben. Die Notwendigkeit eines Befreiungsgesetzes als Grundlage der inneren und äusseren Wiedergutmachung ist also billigerweise nicht zu bestreiten. Es ist gut, diesen Gesichtspunkt einmal klar herauszustellen, weil er von interessierter Seite geflissentlich übersehen wird.

Das Gesetz Nr.104 soll neuerdings wegen Härten und Ungerechtigkeiten Änderungsbedürftig sein. Derselbe Vorwurf wurde auch gegen das frühere Gesetz Nr.8 erhoben und würde von den Betroffenen selbstverständlich auch gegen ein noch so gutes zweites und drittes Befreiungsgesetz nach einiger Zeit erhoben werden, wie es bei einem Gesetz, das so weite Kreise in Mitleidenschaft zieht, auch garnicht anders zu erwarten ist. Eine Revision wäre daher von zweifelhaftem Wert. Zugegeben! das Gesetz hat seine Mängel. Die Definition der Begriffe Militarist und Nutzniesser ist zu eng und erschwert es, gerade diese Kreise gebührend zur Rechenschaft zu ziehen, die sich aus Gewissenlosigkeit und um äusserer Vorteile willen mit dem braunen Untermenschentum verbündet haben. Zu Ungerechtigkeiten führt gelegentlich die von der Militärregierung gewünschte Begrenzung der Geldbuße von Mitläufern auf RM 2000.-, und eine Härte ist es, dass formell Belastete, die Widerstand geleistet, aber Glück und Scharfsinn besessen haben, der Gestapo zu entgehen, nach Art.13 nicht entlastet werden können, weil die erlittenen Nachteile fehlen. Dass der Gnadenweg in solchen Fällen entrüstet abgelehnt wird, ist begreiflich. Aber in den weitaus meisten Fällen von wirklicher Härte oder Ungerechtigkeit zeigt der Gnadenartikel 54 einen Ausweg, so dass wenigstens vom Standpunkt der reinen Gerechtigkeit aus kein triftiger Grund bestehe, das Gesetz zu ändern.

Es würde aber auch geradezu gefährlich sein, deutscherseits auf eine Revision des Gesetzes zu drängen, weil nichts weniger als die Vertragstreue unserer jungen Länderregierungen auf dem Spiele steht. Die Regierungen der drei Länder der US-Zone haben das Gesetz 104 zusammen mit der Militärregierung ausgearbeitet und sich dieser gegenüber unterschriftlich zu seiner korrekten Durchführung verpflichtet. Da es unter ehrlichen Kontrahenten üblich ist, die möglichen Auswirkungen eines Vertrages vor der Unterzeichnung zu erwägen, nachher aber nicht mehr daran herumzumäkeln, kann ein Antrag auf Abänderung des Gesetzes 104 leicht mit schwerwiegenden Folgen für die Einschätzung des Wertes einer deutschen Unterschrift verbunden sein. Nach den Vertragsbrüchen Hitlers, wo es gilt, das Vertrauen der Welt erst wieder neu zu erwerben, haben wir allen Grund, diese Folgen nicht schon bei der ersten Bewährungsprobe ohne Not zu riskieren, zumal das Befreiungsgesetz im grossen ganzen den Anforderungen von Recht und Billigkeit entspricht.

Wenn trotzdem der Ablauf der politischen Säuberung so wenig befriedigt, indem die Spruchkammerurteile enttäuschen, oder das Tempo durch die wachsende Abneigung auch unbelasteter Kreise gegen die Mitarbeit in den Spruchkammern immer schleppender wird, so ist zu vermuten, dass die Gründe mindestens teilweise ausserhalb des Befreiungsgesetzes liegen. Auch die Tatsache, dass zwei grosse Amnestien die Krise der Entnazifizierung nicht zu bannen vermochten, zeigt, dass es am Gesetz allein nicht liegen kann, und der Hebel wo anders anzusetzen ist.

Die wahre Ursache der Krise liegt in der Tat darin, dass der Säuberungswille der öffentlichen Kläger, der Vorsitzenden und der Beisitzer der Kammern durch die historischen Entwicklungen der letzten zwei Jahre gelähmt worden ist. Der Säuberungswille ist gelähmt, weil in Zeiten der Auflösung, der Korruption und des Verfalls von Währung und Wirtschaft Geldbußen und wirtschaftliche Sühnemassnahmen gegen Nationalsozialisten ihren vernünftigen Sinn verlieren. Weil die Besitzer von Sachwerten wegen der Möglichkeit der Zeugenbeeinflussung nur zu leicht auch vor der Spruchkammer das Feld beherrschen. Weil es der Landtag bis jetzt vermieden hat, in den Fragen der Besteuerung und der Kriegsschädenregulierung eine Differenzierung der Bevölkerung nach dem Masse ihrer Teilnahme am Nationalsozialismus vorzunehmen. Weil es bei Personen in leitender Stellung sonderbare Ausnahmen vom Beschäftigungsverbot nach Art. 58 gibt. Und vor allem, weil undemokratische Versuche gemacht worden sind, vom Gesetz betroffene Regierungsmitglieder der Spruchkammer zu entziehen.

Andere Gründe, die ebenfalls den Willen zur Säuberung erheblich gelähmt haben, sind die Behandlung der Kriegsgefangenenfrage im alliierten Lager, der Ausschluss Deutschlands vom Galfang, überhaupt der moralische Gewichtsverlust des Nürnberger Prozesses durch die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die seit dem 8. Mai 1945 begangen wurden und noch unaufhörlich begangen werden. Es sind die Demontagen nicht unbedingt kriegswichtiger Betriebe, die Beschlagnahmen der Häuser und Möbel von Antifaschisten. Es ist jene Ausrufung der Militärregierung, wonach die Haager Landkriegskonvention auch auf das heutige demokratische Deutschland keine Anwendung findet, ja schon die Frage darnach als unpassend empfunden wird. Was lähmt, ist ganz allgemein eine Deutschlandpolitik der Alliierten, die im unterschiedslosen wirtschaftlichen und physischen Ruin aller zur Auswirkung kommt und die längere Unterscheidung zwischen Nationalsozialisten und ihren Gegnern von gestern sinnlos macht.

Bei solcher Sachlage ist es klar, dass mit formalen Gesetzesänderungen allein nichts geholfen ist, und dass die Krise der Entnazifizierung weitergehen wird, solange nicht die notwendigen psychologischen Voraussetzungen zu ihrer Überwindung hergestellt sind. Der Landtag hat es zum Teil in der Hand, diese Voraussetzungen zu schaffen. Die Krise wird aber nicht enden, wenn nicht auch die Alliierten ihre Deutschlandpolitik grundsätzlich ändern und dem demokratischen Deutschland eine Lebensmöglichkeit geben. Schon einmal, nach dem ersten Weltkrieg, wurden einer friedfertigen und demokratischen deutschen Regierung fast übergrosse Schwierigkeiten bereitet und dadurch Stimmungen und Zustände in Deutschland geschaffen, die es den Militaristen und Abenteurern wie Hitler überhaupt erst ermöglichten, beachtet zu werden und Anhang zu finden.

106 Schreibmaschinenzeilen.

28-3067-70

Revision des Befreiungsgesetzes ?

von

Dr. Walter L u t z

Die Verbrechen und das Elend, das der Nationalsozialismus auf seinem Zerstörungszug durch Europa verschuldet hat, sind von so ungewöhnlichen Dimensionen, daß zur Überwindung der Folgen auch ein ungewöhnliches Gesetz berechtigt ist. Handelt es sich doch einfach darum, wer die Lasten dieses Krieges und die Entschädigungen der Opfer des Faschismus in erster Linie tragen soll: diejenigen, die - und sei es auch nur als Mitläufer - mitgemacht und sich bei Terror und Pogromen wohlgeföhlt haben, oder diejenigen, die sich Hitler widersetzt, die sich für Deutschland geschämt und die mindestens seelisch 12 Jahre lang unsagbar gelitten hatten ? - Hierauf kann es nur e i n e Antwort geben. Die Notwendigkeit eines Befreiungsgesetzes als Grundlage der inneren und äußeren Wiedergutmachung ist also billigerweise nicht zu bestreiten. Es ist gut, diesen Gesichtspunkt einmal klar herauszustellen, weil er von interessierter Seite geflissentlich übersehen wird.

Das Gesetz 104 soll neuerdings wegen Härten und Ungerechtigkeiten Änderungsbedürftig sein. Derselbe Vorwurf wurde auch gegen das frühere Gesetz Nr. 8 erhoben und würde von den ^{Nationalsozialisten} betroffenen / selbstverständlich auch gegen ein noch so gutes zweites und drittes Befreiungsgesetz nach einiger Zeit erhoben werden, wie es bei einem Gesetz, das so weite Kreise in Mitleidenschaft zieht, nicht anders zu erwarten ist. Eine Revision würde daher von zweifelhaftem Wert sein. Zugegeben: das Gesetz hat seine Mängel. Die Definition der Begriffe „Nutznießer“ und „Militarist“ ist zu eng und erschwert es, gerade diese Kreise gebührend zur Rechenschaft zu ziehen, die sich aus Gewissenlosigkeit und um äußerer Vorteile willen mit dem

braunen Verbrechertum verbündet haben. Zu Ungerechtigkeiten führt gelegentlich die von der Militärregierung gewünschte Begrenzung der Geldbuße von Mitläufern auf RM 2.000.-, und eine Härte ist es, daß formell Belastete, die Widerstand geleistet, aber Glück und Scharfsinn besessen haben, der Gestapo zu entgehen, nach Art.13 nicht entlastet werden können, weil sie keine Nachteile erlitten haben. Daß der Gnadenweg in solchen Fällen mit Entrüstung abgelehnt wird, ist begreiflich. Aber in den weitaus meisten Fällen von wirklicher Härte oder Ungerechtigkeit zeigt der Gnadenartikel 54 einen Ausweg, so daß wenigstens vom Standpunkt der reinen Gerechtigkeit aus kein triftiger Grund besteht, das Gesetz zu ändern.

Es würde aber auch geradezu gefährlich sein, deutscherseits auf eine Revision des Gesetzes zu drängen, weil nichts weniger als die Vertragstreue unserer jungen Länderregierungen auf dem Spiele steht. Die Regierungen der 3 Länder der US-Zone haben das Gesetz 104 zusammen mit der Militärregierung ausgearbeitet und sich dieser gegenüber unterschriftlich zu seiner korrekten Durchführung verpflichtet. Da es unter ehrlichen Kontrahenten üblich ist, die möglichen Auswirkungen eines Vertrages vor der Unterzeichnung zu erwägen, nachher aber nicht mehr daran herumzumäkeln, kann ein Antrag auf Abänderung des Gesetzes 104 leicht mit schwerwiegenden Folgen für die Einschätzung des Wertes einer deutschen Unterschrift verbunden sein. Nach den Vertragsbrüchen Hitlers, wo es gilt, das Vertrauen der Welt neu zu gewinnen, haben wir allen Grund, unseren Ruf als Vertragspartner nicht schon bei der ersten Bewährungsprobe aufs Spiel zu setzen. Der Anlaß ist es ^{schon deshalb} nicht wert, weil das Befreiungsgesetz im großen ganzen den Anforderungen von Recht und Billigkeit genügt.

Wenn trotzdem der Ablauf der politischen Säuberung so wenig befriedigt, sei es daß die Spruchkammerurteile enttäuschen, oder das Tempo immer schleppender wird, weil auch unbelastete Kreise eine zunehmende Abneigung gegen die Mitarbeit in den Kammern empfinden, so ist zu vermuten, daß die Gründe für diese Entwicklung mindestens teilweise außerhalb des Befreiungsgesetzes liegen. Auch die Tatsache, daß zwei große Amnestien die Krise der Entnazifizierung nicht zu bannen vermochten, zeigt, daß es am Gesetz allein nicht liegen kann, und der Hebel woanders anzusetzen ist.

Die wahre Ursache der Krise liegt in der Tat darin, daß der Säuberungswille der öffentlichen Kläger, der Vorsitzenden und der Beisitzer in den Kammern durch die historischen Entwicklungen der letzten zwei Jahre gelähmt worden ist. Der Säuberungswille ist gelähmt, weil in Zeiten der Auflösung, der Korruption und des Verfalls von Währung und Wirtschaft Geldbußen und wirtschaftliche Sühnemaßnahmen gegen Nationalsozialisten ihren vernünftigen Sinn verlieren. Weil die Besitzer von Sachwerten wegen der Möglichkeit der Zeugenbeeinflussung nur zu leicht auch vor der Spruchkammer das Feld beherrschen. Weil es der Landtag bis heute vermieden hat, in den Fragen der Besteuerung und der Kriegsschädenregulierung eine Differenzierung der Bevölkerung nach dem Maße ihrer Teilnahme am Nationalsozialismus vorzunehmen. Weil es bei Personen in hohen leitenden Stellungen sonderbare Ausnahmen vom Beschäftigungsverbot nach Art. 58 gibt. Und vor allem, weil undemokratische Versuche gemacht wurden, vom Gesetz betroffene Regierungsmitglieder der Spruchkammer zu entziehen.

Andere Gründe, die ebenfalls den Willen zur Säuberung erheblich gelähmt haben, sind die Behandlung der Kriegsgefangenenfrage im Lager der Alliierten, der Ausschluß Deutschlands vom Walfang, überhaupt der moralische Gewichtsverlust des Nürnberger Prozesses

durch die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die seit dem 8. Mai 1945 begangen wurden und noch unaufhörlich begangen werden. Es sind die Demontagen nicht unbedingt kriegswichtiger Betriebe, die Beschlagnahmen der Häuser und Möbel von Antifaschisten. Es ist jene Äußerung der Militärregierung, wonach die Haager Landkriegsordnung auch auf das jetzige demokratische Deutschland keine Anwendung findet, ja schon die Frage danach als unpassend empfunden wird. Es ist ganz allgemein eine Deutschlandpolitik der Alliierten, die im unterschiedslosen wirtschaftlichen und physischen Ruin aller zur Auswirkung kommt und die längere Unterscheidung zwischen Nationalsozialisten und ihren Gegnern von gestern sinnlos macht.

Bei solcher Sachlage ist es klar, daß mit formalen Gesetzesänderungen allein nichts geholfen ist, und daß die Krise der Entnazifizierung weitergehen wird, solange nicht die notwendigen stimmungsmäßigen Voraussetzungen zu ihrer Überwindung hergestellt sind. Der Landtag hat es zum Teil in der Hand, diese Voraussetzungen zu schaffen. Die Krise wird aber nicht enden, wenn nicht auch die alliierte Besatzungspolitik von Grund auf geändert und dem demokratischen Deutschland eine Lebensmöglichkeit gegeben wird. Schon einmal, nach dem ersten Weltkrieg, wurden einer unbedingt friedfertigen und demokratischen deutschen Regierung fast übergroße Schwierigkeiten bereitet und dadurch Stimmungen und Zustände in Deutschland geschaffen, die es den Militaristen und Abenteurern wie Hitler überhaupt erst ermöglichten, beachtet zu werden und Anhang zu finden.

o o o

Katz & Sommerich
Counselors at Law
120 Broadway
New York 5, N.Y.

Sehr geehrter Herr F i l l m a n .

zur Ergänzung meines Berichtes vom 17.7.54 über die Aktion "Eisen-Fuchs" in Stuttgart möchte ich noch bemerken, dass wir selbstverständlich nicht nur keine Nahrung, sondern auch kein Wasser zum Trinken bekommen haben. Ausserdem habe ich, um nicht zu viel auf einmal zu bringen, nicht erwähnt, dass im Fabrikhof der Firma "Eisen-Fuchs" ausser der erwähnten Familie auch noch 2 weitere Gefangene erschossen worden sind. Diese wurden willkürlich aus unserer Mitte herausgeholt und ausserhalb des Fabrikhofes erschossen wie ich später erfahren habe. Einer der beiden Hingerichteten ist aber nur schwindel gewesen und konnte wieder zum Leben gebracht werden. Er hat vor 1 oder 2 Jahren in einer Illustrierten Zeitung - nach meiner Erinnerung war es die "Münchner Illustrierte Presse" - einen kurzen Bericht darüber gegeben.

Als weiteren Zeugen der Vorfälle nenne ich den jetzigen Oberbürgermeister von Stuttgart, Dr. Arnulf K l e t t , der zwar nicht selbst von der Aktion "Eisen-Fuchs" betroffen war, der aber ohne Zweifel Nachricht davon bekommen hatte, wie er überhaupt die Zeit der französischen Besetzung persönlich miterlebt hat.

Und schliesslich möchte ich darauf hinweisen, dass ich einige Wochen später vom US-ICD (Intelligence Control Division) den Auftrag bekommen habe, einen Bericht über die Besetzung Stuttgarts zu schreiben. Ich habe in dem Bericht jedoch nur allgemeine Feststellungen getroffen und meine persönlichen Erfahrungen unterdrückt. Dieser Bericht ist damals von ICD sehr gelobt worden und soll General McNarney persönlich vorgelegt worden sein. Ich möchte annehmen, dass ich eine Kopie des Berichtes noch in Stuttgart habe.

Ausserdem teile ich Ihnen mit, dass die von der Armée de Gaulle angerichteten Verwüstungen in Privathäusern zum Teil von US-Dienststellen photographiert worden sind. Natürlich weiss ich nicht, wo sich diese Dokumente heute befinden.

Ich wollte Ihnen diese Zeugen nennen, falls mein Bericht im Dpt. of Justice nicht geglaubt werden sollte. - Selbstverständlich steht es Ihnen frei, nicht nur im Dep. of Justice, sondern auch bei dem einen oder anderen Kongress-Mann Gebrauch von meinem Bericht zu machen.

Ich gebe in ruhiger Stunde zu, dass meine Erinnerungen an meine Befreiung vom Nationalsozialismus ausserordentlich affektbetont sind und dass Vernunft und Verstand zu kurz kommen, wenn es sich um die West-Alliierten handelt. Ich will keinesfalls die russische Armee und ihre Excesse bei der Eroberung Berlins beschönigen. Was sich da zugetragen hat, war dieselbe Barbarei wie in Stuttgart. Für mich ist der Unterschied nur der, dass die Russen mir nichts angetan haben und dass sie auch nie offiziell behauptet haben, die Güter des Abendlandes zu verteidigen.

Man geht eben an den Westen mit anderen Voraussetzungen heran.

Ich hoffe Ihnen mit diesen Ausführungen gezeigt zu haben, dass meine streng neutrale Einstellung zwischen West und Ost echt ist. Man darf im Dep. of Justice nicht den Fehler machen, meine Affekte wegen meines umgekehrten "Oradour-Complexes" für Sympathie zum Kommunismus zu halten. Und selbst wenn ich mit meiner Familie nach Ostdeutschland übersiedeln sollte, so würde das noch lange nicht gleichbedeutend sein mit einer Zustimmung zu allem, was sich dort ereignet. Das Dep. of Justice zwingt mich aber zur Auswanderung nach Ostzone, wenn ich demnächst in Washington mit meinem Claim abgewiesen werde. Es zwingt mich insofern, weil ich mich nicht der Freude und dem Hohn der Stuttgarter Nationalsozialisten aussetzen werde, wenn sie erfahren, dass ich in Washington abgewiesen worden bin. Bekanntlich bin ich "Public Prosecutor" gewesen.

Das Letztere habe ich auch sehr deutlich Mr. FURST zu bedenken gegeben.

Mr. Furst konnte darauf nur sagen, dass in den USA streng nach dem Gesetz Recht gesprochen werde, und er meinte, dass ich auch dann wenn ich in Washington unterliegen würde, wenigstens die Überzeugung mit nach Hause nehmen könne, dass dort nach dem Gesetz entschieden werde. - Wenn ich hätte boshaft sein wollen, so hätte ich ihm darauf antworten sollen, dass auch die Judengesetze des 3. Reiches "Gesetz" gewesen sind, an das sich die Gerichte zu halten hatten.

Mit besten Empfehlungen

Ihr

W. Luf.

KATZ & SOMMERICH
Counselors at Law
120 Broadway
New York 5, N.Y.

Sehr geehrter Herr F i l l m a n ,

vor einiger Zeit schrieb ich Ihnen, dass Dpt. of Justice Overseas Branch in München sich meinen gesamten Briefwechsel mit dem Kaiser-Wilhelm-Institut f. Biophysik in Frankfurt a.M. hat aushändigen lassen, um ihn gesammelt nach Washington weiterzuleiten. Überraschenderweise ist mir nun das Aktenbündel aus München wieder zurückgeschickt worden mit der Bemerkung, dass man nur einige Auszüge übersetzt und nach Washington gesandt habe. Ich weiss nun nicht, welche Schriftstücke übersetzt worden sind, und nach welchen Gesichtspunkten die Auslese erfolgt ist. Möglicherweise ist die Auswahl sehr einseitig erfolgt, worauf ich Sie aufmerksam machen wollte.

Erlauben Sie, dass ich nochmals auf den schlechten Eindruck zurückkomme, den meine beiden Briefe an Mr. FURST und die Rede von Dr. PFLEIDERER im Bundestag auf die Herren im Dep. of Justice gemacht hatten. Ich gebe zu, dass meine Äusserungen und Absichten in Washington leicht falsch verstanden werden können. Die Zusammenhänge sind in der Tat nur auf dem Hintergrund meiner persönlichen Erlebnisse bei der Besetzung Stuttgarts durch west-alliierte Truppen im Frühjahr 1945 verständlich. Ich habe Ihnen davon bis jetzt nichts gesagt, weil es mir für meinen Claim nicht wesentlich schien, und auch, weil diese Erinnerungen zu den widerwärtigsten zählen, die ich mit mir herumtrage. Ich sehe aber ein, dass ich diese Dinge, so wie die Verhältnisse in Washington hinsichtlich meines Claims liegen, nicht länger verschweigen kann, da ich mir sonst schade. Auch haben Sie als mein Vertreter und Verteidiger das Recht, die volle Wahrheit von mir zu erfahren.

Die Besetzung Stuttgarts am 21.4.45 durch vorwiegend französische Truppen unter General de Gaulle, sowie die folgenden Wochen zeigten in allen Stadtteilen schwerste Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten alliierter Truppen gegen die Bevölkerung. Männer und Frauen wurden mit vorgehaltener Pistole ihrer Ringe, Armbuhren und des Geldes beraubt, die Frauen wurden vergewaltigt und die Privathäuser geplündert. Die Häuser durften nachts nicht geschlossen werden, damit sie jederzeit der Plünderung, dem Raub und brutalen Gewalttätigkeiten gegen die Frauen offenstanden. In Häusern, wo all. Soldaten einquartiert waren, wurden Koffer, Schränke und Schubladen aufgebrochen und beraubt, der weniger wertvolle Inhalt wurde herumgestreut, die Einrichtungsgegenstände, Möbel und sanitäre Installationen wurden mit Messern und Beilen demoliert, Kleidungsstücke aufgeschlitzt und die offenen Schränke als W.C. benützt. Zu Essen gab es für die Bevölkerung nichts; der französische General Schwarz verlangte aber von der provisorischen Stadtverwaltung, dass seine Luxushunde täglich mehrmals mit Reis gefüttert wurden. Ein Unterschied zwischen Nationalsozialisten, Hitlergegnern und Juden, soweit sie noch versteckt in Stuttgart lebten, wurde nicht gemacht. Eine in unserer Nähe wohnende Jüdin wurde genau so ausgeplündert wie

beantw.

andere Männer und Frauen. Es hiess: "Alle Deutschen sind gleich". Menschenjagden nach Arbeitskräften zur Deportation nach Frankreich gab es täglich in den Strassen. Frauen und Mädchen wurden in Gefängnisse gebracht und unter Androhung von Misshandlungen gefügig gemacht. Frauen bis zu 70 Jahren wurden vergewaltigt, und die Männer mit der Waffe im Schach gehalten. Es wurden Frauen von schwarzen und weissen Truppenteilen zehnmal und mehr vergewaltigt, wobei ihnen von Kameraden rechts und links Pistolen an die Schläfen gelegt wurden. Eine junge Frau am Hölderlinplatz in Stuttgart wurde zuletzt noch durch einen Schuss in den Unterleib getötet. Die farbigen Soldaten erklärten, dass ihnen bei der Anwerbung in Afrika das Recht zugesichert worden sei, die deutschen Frauen als Freiwild zu behandeln. Auf diesem Recht haben sie bestanden. Ein amerikanischer Verbindungs-offizier, der um Hilfe gebeten wurde, hat bestätigt, dass den farbigen Truppen die deutschen Frauen versprochen worden sind. Er erklärte sich zu seinem Bedauern ausserstande, amerikanischerseits gegen die Ausschreitungen etwas unternehmen zu können, weil ihm dies auf Grund der mit General de Gaulle getroffenen Abmachungen nicht möglich sei.

Als ein in unserer Nachbarschaft wohnendes junges Mädchen, das allein im Hause war, von 2 einem Strafbataillon angehörenden Marokkanern niedergeschlagen und vergewaltigt wurde, habe ich mich - etwa am 3. Tag der Besetzung - aufgemacht, um durch Horden von betrunkenen Soldaten hindurch den für meinen Wohnbezirk zuständigen höheren französischen Offizier aufzufinden. Ich habe ihn nicht gefunden. Auf dem Rückweg hat mir ein Schwarzer seine Pistole grundlos an den Kopf gehalten; er war betrunken, und der Schuss ging nicht los. Im Vertrauen auf mein gutes Gewissen und meine anti-hitlerische Vergangenheit ging ich weiter. Da geriet ich in eine "Menschenjagd". Aus einem Haus soll geschossen worden sein, und man suchte Geiseln, die wahllos auf der Strasse zusammengesucht wurden. So wurde ich als gefangener Zivilist mit einigen anderen Leidensgenossen abgeführt. Vor dem Wohnhaus des letzten Oberbürgermeisters von Stuttgart mussten wir einige Stunden unter Bewachung stehen. Als wir etwa 20 Mann zusammen waren, darunter ein Vater mit einem 4-jährigen Buben, wurden wir in Abstand von 1 Meter an eine hohe Wand gestellt. Wir mussten die Arme nach vorn halten, und ein verkommen aussehender weisser Franzose nahm jedem Ringe und Wertsachen ab. Ich hatte keine bei mir und wurde daher auch nicht bestohlen; nur einen Fluch bekam ich zu hören. Dann stellte sich vor jedem von uns ein "Soldat" mit Maschinenpistole auf, und der Wagen, der unsere Leichen abfahren sollte, fuhr vor. Das ging so einige Minuten. Dann hiess es "links um" und wir wurden in einen vollkommen dunklen Keller gesperrt, wo ich auf einer Treppenstufe sitzend die Nacht verbrachte. Zu Essen gab es natürlich nichts. Am nächsten Tag wurde unser Häuflein unter Bewachung in den Fabrikhof der Firma "Eisen-Fuchs" gebracht, wo schon einige hundert andere Leidensgenossen, denen es ähnlich erging, versammelt waren. Wir mussten in Abständen von 2 Metern stehen. Sprechen war verboten; man konnte sich aber im Flüsterton verständigen. Hin und wieder wurde dicht über unsere Köpfe weg scharf geschossen. So ging es den ganzen Tag; es wurden auch Fusstritte ausgeteilt. Ein junger Mann machte einen unbedachten Fluchtversuch. Er wurde erschossen. Ebenso wurden seine Mutter und sein 7 jähriges Schwesterchen erschossen, die ebenfalls Gefangene waren und als Geiseln festgenommen waren. Wir mussten die Leichen im Fabrikgelände verscharren. ^{einigen} anderen ~~wen und~~ wurden mit der Beisszange die Fingernägel und 2 andere von uns wurden ^{bevorzugt} ~~bevorzugt~~ und ~~erhalten~~.

herausgezogen und viele wurden ohnmächtig und mussten weggeschleppt werden, weil sie schon über 1 Tag nichts mehr im Magen hatten; *weil sie*

Freiheit geben nicht, weil wenn wir nicht mehr gegeben.
Ich will hier meine Erinnerungen an meine "Befreiung vom Joch der Hitlerherrschaft" abbrechen, da es sonst langweilig würde. Als ich wieder nach Hause kam, waren meine wenigen Habseligkeiten, die ich nach meiner Ausbombung habe retten können, teilweise von den Franzosen geplündert. Meine wissenschaftlichen Apparate waren mit dem Beil zerschlagen.

Die historischen Begebenheiten, die ich Ihnen hier berichtet habe, spielten sich unter der französischen Besatzung ab. Sie sind nur ein kleiner Ausschnitt der Wirklichkeit. Da Sie Amerikaner sind, gebietet mir die Höflichkeit, über die Dinge zu schweigen, die sich unter der amerikanischen Besatzung zugetragen haben, die etwa am 1.7.45 auf die französische Besatzung folgte. Ich will auch deshalb schweigen, weil ich unter amerikanischer Besatzung persönlich nichts zu erleiden hatte. Wenn Sie aber dennoch den Wunsch haben, einiges zu erfahren, so empfehle ich Ihnen die Lektüre des Erlebnisberichtes von Mrs. Freda UTELEY "Kostspielige Rache". Der Bericht ist als Buch in den USA erschienen und in einer deutschen Übersetzung auch hier in Deutschland im Handel gewesen. Ich möchte Ihnen nur so viel verraten, dass ich den Versuch gemacht habe, gegen 2 US-Offiziere wegen "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" ein kriegsgerichtliches Verfahren in Gang zu bringen. Das war um die Zeit der Nürnberger Prozesse. Natürlich habe ich nichts erreicht, und es hat sich wieder die alte Wahrheit bestätigt, dass Verfassung und Recht genau da ihre Grenzen haben, wo die Geld- oder Machtinteressen der herrschenden Partei berührt werden.

Sie werden mir vielleicht meinen Bericht über die Besetzung Stuttgarts und meine anschließenden Erlebnisse nicht glauben. Es hat Stuttgarter gegeben, die später nach den USA ausgewandert sind und gelegentlich davon zu erzählen anfangen. Sie alle haben hierher berichtet, dass man ihre Berichte für Phantasie erklärt habe, weil man diese Vorkommnisse einfach für unmöglich hielt. Dennoch, Herr Fillman, sind sie historische Wahrheit!

Was hat das Alles mit meinem Claim und Mr. Furst zu tun? -

Es unterliegt keinem Zweifel, dass in der Bundesrepublik unter Bruch der Verfassung und der bisher befolgten gesunden Entmilitarisierungspolitik auf Druck Washingtons die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt wird. Es werden dann auch meine beiden Söhne Robert und Bernhard Lutz in wenigen Jahren gezwungenermaßen nicht für deutsche, sondern für fremde Kapital- und Machtinteressen zum Heeresdienst eingezogen werden und werden unter Umständen auch gezwungenermaßen für fremde Interessen zu kämpfen haben. Man sagt, es gehe um die gemeinsamen Ideale und Güter des christlichen Abendlandes. Ganz privat und vertraulich möchte ich Ihnen nun sagen, dass diese Ideale des christlichen Abendlandes im Munde von Nationen, die weisse Frauen vertraglich der Brutalität von Negersoldaten ausliefern, Menschlichkeit und Völkerrecht mit Füßen treten, nicht glaubwürdig klingen, sondern damals wie heute eine Heuchelei zu einem politischen Zweck darstellen. Das ist das unkorrigierbare Resultat meiner persönlichen Erfahrungen. Sie werden jedenfalls einsehen, dass ich meine Kinder nicht für ein christliches Abendland, das ich praktisch als Lüge kennengelernt habe, opfern werde. Die Unmenschlichkeiten, die ich seitens der West-Alliierten erfahren habe, waren keine Übergriffe einzelner Soldaten, sondern waren von sehr weit oben von den Wortführern und angeblichen Verteidigern des christlichen Abendlandes inszeniert.

Die Ressentiments, die ich auf Grund meiner Erlebnisse gegen die West-Alliierten habe, sind nicht geringer als die Ressentiments, die ein Franzose mit Recht wegen Oradour oder ein Jude wegen seiner vergasteten Eltern in sich trägt. Wenn mir nun obendrein noch mein Vermögen, das ich den USA anvertraut hatte, ausgerechnet von den USA, deren moralisches Ansehen bei mir einst grenzenlos gewesen ist, enteignet wird, so wäre es einfach Wahnsinn, wenn ich dann noch meine Kinder für die Interessen der USA hergeben sollte. Ich habe deshalb gar keine andere Wahl, als mich unter den Schutz des Staates zu stellen, wo die Militärfrage nicht aktuell ist, nämlich unter den Schutz der Deutschen Demokratischen Republik. Nicht weil ich überzeugter Kommunist wäre - ich habe mich nie ernsthaft mit dem Kommunismus beschäftigt - und nicht, weil dort etwa alles moralischer und idealer zugehen würde, sondern aus dem einfachen Grund, weil mich die USA in eine Lage gebracht haben, wo ich als Mann von Ehre und Verantwortung für seine Kinder, und um die Achtung vor mir selbst nicht zu verlieren, nicht anders handeln kann.

Das ist keine Erpressung, wie das Dep. of Justice meint; das ist auch kein Sympathisieren mit dem Kommunismus, sondern eine mir vom Dep. of Justice aufgezwungene Reaktion.

Ich habe es selbstverständlich vermieden, mit Mr. FURST über den wahren Grund meiner Ressentiments gegen den Westen und über meine östlichen Absichten zu sprechen. Er würde das sicher nicht verstanden haben, weil er die näheren Umstände meiner "Befreiung vom Nationalsozialismus" nicht kennt, und auch nicht glauben würde. Auch die Mehrzahl der Deutschen will ja bekanntlich nicht glauben, was in den Konzentrationslagern Hitlers vor sich ging.

So, wie sich die Dinge in Washington zu meinen Ungunsten entwickelt haben, halte ich es jedoch für richtig, dass ich Sie über die wahren Hintergründe unterrichte. Ich überlasse es ganz Ihnen, ob und inwieweit Sie von meinen Mitteilungen dem Dep. of Just. gegenüber Gebrauch machen wollen.

Damit Sie kein falsches Bild von der französischen Armee bekommen, erlaube ich mir der historischen Objektivität wegen eine letzte Bemerkung: es hat wie überall auch unter den französ. Soldaten und Offizieren viele anerkennenswerte Ausnahmen gegeben; sie vermochten aber das allgemeine Bild nicht zu verbessern. Einem dieser Offiziere - leider weiss ich seinen Namen nicht - habe ich es zu verdanken, dass ich aus der Gefangenschaft als Geisel entlassen worden bin. - Am schlimmsten haben sich die weissen Franzosen gezeigt. Sehr zuvorkommend und absolut korrekt sollen sich die indochinesischen Truppen gezeigt haben, die aber nicht in Stuttgart stationiert waren. Es sind wohl dieselben Truppen, die heute in Indochina einen Befreiungskrieg gegen Frankreich führen. Ziemlich korrekt, weil sie keinen Hass auf Deutsche hatten, verhielten sich auch die Tunesier, was ich anerkennend bemerken möchte. Die Tunesier machten schon damals aus ihrem Hass gegen ihre französischen Offiziere und gegen die Kolonialmethoden Frankreichs uns Deutschen gegenüber kein Hehl.

Mit höflichen Empfehlungen
Ihr ergebener

W. Luf.

0078